

Freisinnig-demokratische Partei (FDP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

| | |
|------|----|
| 1987 | 1 |
| 1988 | 2 |
| 1989 | 3 |
| 1990 | 4 |
| 1991 | 5 |
| 1992 | 7 |
| 1993 | 8 |
| 1994 | 9 |
| 1995 | 11 |
| 1996 | 12 |
| 1997 | 13 |
| 1998 | 14 |
| 1999 | 15 |
| 2000 | 16 |
| 2001 | 18 |
| 2002 | 19 |
| 2003 | 22 |
| 2004 | 25 |
| 2005 | 27 |

1987

Programmatisch konnte sich in der Freisinnig-demokratischen Partei (FDP) die progressive, ökoliberale Linie durchsetzen, was wohl hauptsächlich auf die für ökologische Anliegen günstig scheinende Stimmung im Wahlkampf zurückzuführen ist. So wurden an mehreren, publikumswirksam inszenierten Wahlparteitagen Thesen zum Umweltschutz, zur Landwirtschaft und zur Demokratie verabschiedet, die mehrheitlich als weitgehende **Abkehr von der liberalen "Weniger-Staat"-Doktrin** gewertet wurden. Allerdings musste sogar Parteipräsident B. Hunziker einräumen, dass sich die Fraktion im eidgenössischen Parlament wohl schwer tun werde, die von der Partei gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Trotzdem dürfen die genannten Thesen nicht nur als wahltaktische Köder aufgefasst werden, sondern auch als Hinweis, dass bei der FDP die im Vergleich zu anderen Parteien **ausgeprägtere Geschlossenheit zunehmend gefährdet** ist. Hinweise darauf fanden sich auch in den Kantonen Solothurn und Baselland, wo Kampfkandidaten aus der eigenen Partei zu Wahlen antraten.

Das bereits im Vorjahr teilweise verabschiedete **Manifest zum Umweltschutz** wurde an der Delegiertenversammlung vom Februar um einen Abschnitt über längerfristige Massnahmen ergänzt, nachdem sich in einem Vernehmlassungsverfahren die Kantonalsektionen dazu hatten äussern können. Die im Vorjahr als Grundsatz befürworteten Lenkungsabgaben zum Schutz knapper Umweltgüter wurden nun aber im einzigen konkret dafür vorgesehenen Bereich abgelehnt, indem sich die Delegierten mit grosser Mehrheit dagegen wandten, fossile Brenn- und Treibstoffe mit einer Abgabe zu belasten. Hinsichtlich der Elektrizitätsgewinnung wurde eine

restriktive Nutzung der Gewässer und ein Festhalten an der Kernenergie gefordert, solange diese nicht durch Alternativenergien ersetzt werden könne. Die Bevorzugung des Schienenverkehrs gegenüber demjenigen auf der Strasse und die Förderung von Elektromobilen stehen ebenso auf dem Programm wie der Wille, die Luftreinhalteverordnung bis zum Jahr 1995 durchzusetzen, wozu die Emissionen bis an die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren zu reduzieren seien.

Im Mai wurde an einem Wahlparteitag die Forderung nach dem fakultativen Referendum beim Bau neuer Kernkraftwerke nur knapp verworfen; kurz darauf präsentierte die FDP **Thesen zur Landwirtschaftspolitik**, die eine Extensivierung der Produktion unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte beinhalteten, wozu Vorzugspreise für Qualitätsprodukte und staatliche Direktzahlungen an Landwirte gefordert wurden. Im August wartete die Partei schliesslich noch mit **Thesen zur Demokratie** auf, welche den Ausbau der Volksrechte und eine Aufwertung des Parlaments zum Thema hatten und konkret die Einführung der Einheitsinitiative und des Verwaltungsreferendums verlangten. Allerdings hatte sich die Fraktion noch kurze Zeit vorher gegen die Einführung der Gesetzesinitiative ausgesprochen. Dass die Nutzung der Volksrechte kein Kinderspiel ist, musste die FDP mit ihrer ersten im Alleingang lancierten Volksinitiative "für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern" erfahren, als es ihr nur ganz knapp gelang, die nötigen Unterschriften zusammenzutragen.

Obwohl die FDP bei den **Nationalratswahlen** gegenüber 1983 (allerdings bei sinkender Wahlbeteiligung) lediglich einen bescheidenen Verlust an Wähleranteilen von 0,4% hinnehmen musste, wurde ihre Delegation von 54 auf 51 verkleinert; im Ständerat konnte sie ihre 14 Sitze halten. Mit 65 Mitgliedern blieb die FDP damit die stärkste Fraktion in der Bundesversammlung. Die Anhängerschaft der Partei setzt sich aus einem zunehmenden Anteil an Rentnern (rund ein Viertel), aber auch vermehrt aus jungen, gut ausgebildeten und aufstiegsorientierten Städtern zusammen, wie die VOX-Analyse ermittelte.

1988

Vom spektakulären **Rücktritt der freisinnigen Bundesrätin Elisabeth Kopp** – wir gehen darauf an anderer Stelle ein – wurde auch das Image der grössten schweizerischen Partei in Mitleidenschaft gezogen. Dass die Affäre eine Vertreterin des wirtschaftsnahen Zürcher Freisinns betraf, war nach Ansicht verschiedener Kommentatoren und auch einiger freisinniger Politiker kein Zufall. Die freisinnigen Nationalräte Salvioni (TI), Segond und Petitpierre (beide GE) beklagten, dass unter dem Einfluss der starken Zürcher Deputation die Wirtschaftspolitik und unternehmerische Sichtweisen in der FDP-Fraktion im Bundeshaus dominieren würden, und dem Freisinn nahestehende Zeitungen verlangten gar eine Durchleuchtung des Zürcher Freisinns durch die nationale Partei.

Auf Ende April trat der **Generalsekretär der FDP, Hans Rudolf Leuenberger**, altershalber zurück. Er hatte während seiner 34jährigen Amtszeit vor allem als Organisator im Hintergrund gewirkt. Ersetzt wurde er durch den 41jährigen Volkswirtschaftler und früheren Spitzensportler **Christian Kauter**. Der sich liberalem Gedankengut und Toleranz verpflichtet fühlende Kauter hatte bisher noch keine politischen Ämter besetzt und war erst kurz vor seiner Wahl in die Partei eingetreten.

Die FDP empfahl die Verwerfung aller fünf Vorlagen, welche im Berichtsjahr den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt wurden. Dazu gehörte auch die im Parlament von den Freisinnigen mitgetragene Koordinierte Verkehrspolitik (KVP), welche die Delegierten gegen den Antrag des Parteivorstandes mit 142:20 Stimmen ablehnten.

Bei den **Wahlen** in die Parlamente der Kantone und der grösseren Städte setzte sich für die FDP der negative Trend der beiden Vorjahre fort; einzig in Schwyz konnte sie ihren Stimmenanteil verbessern. Wie die andern bürgerlichen Parteien verlor auch der Freisinn einen Teil seiner Wählerschaft an die erstmals auftretende **Auto-Partei**, wobei allerdings das Ausmass der Verluste sehr unterschiedlich ausfiel. Während die FDP im Kanton Schaffhausen einen Viertel und in der Stadt St. Gallen sogar fast einen Drittel ihrer Mandate einbüsste, konnte sie in der Stadt Bern ihre Position behaupten, obwohl auch hier die Auto-Partei zu den Wahlsiegern zählte. Die Frage nach erfolgversprechenden Gegenstrategien, die sicher auch von lokalen Gegebenheiten abhängen, konnte die FDP noch nicht schlüssig beantworten. Immerhin zeigten die Parlamentswahlen in der Stadt Schaffhausen, dass ein programmatischer Schulterschluss mit der Auto-Partei zumindest kurzfristig keine Gewähr vor Stimmenverlusten bietet. Obwohl die FDP als einzige grosse Partei eine am gleichen Tag zur Abstimmung kommende Volksinitiative des Gewerbeverbandes für mehr Parkplätze unterstützte, verlor sie massiv Stimmen an die erstmals kandidierende Auto-Partei.

1989

Der vorzeitige **Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp** und vor allem die Umstände die dazu geführt hatten, bewirkten sowohl in der Öffentlichkeit als auch parteiintern einen **Prestigeverlust für den Zürcher Freisinn**. Der von der Zürcher Kantonalpartei für die Nachfolge von E. Kopp vorgeschlagene Ständerat Jagmetti hatte in der FDP-Fraktion keine Chance. Im ersten Wahlgang vermochte er 14 von 59 Stimmen auf sich zu vereinigen, in der zweiten, entscheidenden Ausmarchung standen nur noch drei Fraktionsangehörige hinter der Zürcher Kandidatur. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 1. Februar den von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Luzerner Ständerat und Unternehmer Kaspar Villiger in den Bundesrat. Nach Josef Martin Knüsel (1855-75, LU) wurde damit zum zweiten Mal ein aus einem ehemaligen Sonderbundskanton stammender freisinniger Bundesrat gewählt. Seit der Gründung des Bundesstaates war der Zürcher Freisinn bisher nur von 1943-53 und von 1959-69 nicht im Bundesrat vertreten gewesen.

Auch der neue Parteipräsident stammt aus der katholischen Innerschweiz. Am 1. April wählte die Delegiertenversammlung den 46jährigen Anwalt und Urner Nationalrat **Franz Steinegger** zum Nachfolger für den Aargauer Ständerat Bruno Hunziker. Der neue Präsident gilt als dynamisch, politisch war er – namentlich bei Verkehrs- und Energiefragen – mehr als einmal aus der Parteilinie ausgeschert. Bei verschiedenen Naturkatastrophen in Uri hatte er sich zudem einen Ruf als guten Organisator verschafft. Die Wahl Steineggers, der sich in seiner Antrittsrede wünschte, dass die Partei wieder "engagierter, offener und basisnäher" politisiert, war unbestritten.

Problematischer als die Wahl des Parteipräsidenten gestaltete sich jene für das Amt des **Fraktionschefs**. Als Nachfolger für den turnusgemäss ausscheidenden Bremi (ZH) war eigentlich der Fraktionsvizepräsident Claude Frey (NE) vorgesehen. Gegen Nationalrat Frey wurden verschiedene Vorbehalte privater und politischer Natur angeführt. Am 28. November wählte dann

die FDP-Fraktion der Bundesversammlung in einer geheimen Abstimmung den Gegenkandidaten, Nationalrat **Pascal Couchepin (VS)** mit 32 gegen 25 Stimmen zum neuen Fraktionschef. Die Wahl Couchepins kam vor allem mit Hilfe der Deutschschweizer zustande; die Welschen und Tessiner hatten am Vortag mit 12:8 Stimmen Frey nominiert.

Die Delegierten der FDP waren sich in der Ablehnung der Kleinbauerninitiative (121:13 Stimmen) weitgehend einig; die ablehnende Parole zur Volksinitiative für die Abschaffung der Armee wurde sogar einstimmig gefasst. Bei der dritten anstehenden Volksabstimmung zeigte sich, dass **in Verkehrsfragen ein Graben** quer durch die Partei **entlang der Sprachgrenze** verläuft: die Nein-Parole zur Initiative für Tempo 100/130 wurde nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gegen den Widerstand der welschen Delegierten gefasst. Sämtliche Kantonalsektionen der französischen Schweiz gaben die Ja-Parole aus.

Bei den **Wahlen in kantonale Parlamente** hat die FDP 1989 weitere Niederlagen erlitten. Die Schwächetendenz hält nun seit 1986 an: in den beiden letzten Jahren standen 34 **Sitzverluste** in zehn kantonalen Parlamenten nur 5 Sitzgewinne (in Schwyz) gegenüber. Im Berichtsjahr verloren die Freisinnigen zwei Sitze in Genf, drei in Graubünden, sechs in Neuenburg, sieben im Aargau und sogar elf in Solothurn. Ausserdem verloren sie den einzigen Sitz im Neuenburger Regierungsrat und einen in der städtischen Exekutive von Lausanne, wo sie auch das Amt des Stadtpräsidenten an die SP abgeben mussten. Einerseits gingen diese Verluste zweifellos auf das erstmalige Auftreten der Auto-Partei zurück; zumindest in Solothurn dürften freisinnige Wähler aber auch zu den Grünen abgesprungen sein. In den protestantischen Kantonen der Westschweiz wurde die FDP zudem durch die wirtschaftsnahe und antizentralistische Liberale Partei erfolgreich konkurrenziert. Ebenso dürfte aber auch die politische und moralische Krise, in welche die FDP durch die Verwicklung in Affären auf eidgenössischer und zum Teil auch auf lokaler Ebene hineingeraten ist, eine Rolle gespielt haben.

1990

Im Berichtsjahr hatte die FDP immer noch mit den Folgen der Affäre Kopp sowie mit der Staatsschutzkrise und dem damit verbundenen Vertrauensverlust der Bürger in die FDP zu kämpfen; letzte Umfragen zum Image der Parteien zeigten aber eine Trendwende zugunsten der FDP.

In der Partei fanden erneut **Grundsatzdiskussionen zu einer liberalen Politik** statt, nachdem letztmals 1981 mit den sogenannten "Rigi-Thesen" neu überarbeitete liberale Grundsätze ins Parteiprogramm aufgenommen worden waren. Eine Liberalismustagung diente als Vorbereitung zu einem neuen Thesenpapier; dabei kamen im Vergleich zu früher vermehrt Fragen des Umweltschutzes, aber auch solche der Drogen- und Asylproblematik, des Wohnungsmarktes oder der AHV-Sicherung zur Sprache. Diese Grundsatzdiskussionen mündeten in einen Thesenentwurf einer von Ständerat Rhinow (BL) präsierten Arbeitsgruppe, welcher am Parteitag in Vevey als "Liberales Manifest" gutgeheissen wurde.

Am Parteitag vom 27. April in Glarus wurden mit den Themenbereichen **Sicherheitspolitik in einer Zeit des Umbruchs** und **europäische Integration** weitere Leitplanken für die zukünftige

Ausrichtung der Partei gesetzt. Eine ganzheitliche eigene Landesverteidigung, eingebettet in ein europäisches Verteidigungssystem, soll als Modell dienen, und eine Mehrheit wünschte die Annäherung der Schweiz an die Europäische Gemeinschaft in Form eines EWR-Vertrages. Bei der gleichentags aufgeworfenen Frage der Straffreiheit für Drogenkonsumenten kritisierten vor allem welsche Delegierte eine Liberalisierung. Trotzdem wurde eine Öffnung in Richtung Entkriminalisierung gutgeheissen. Die konkret zu verfolgende Drogenpolitik blieb jedoch sehr umstritten, wie unter anderem die ablehnende Haltung der zürcherischen FDP zur Einrichtung von Fixerräumen illustrierte.

Am 10. November verabschiedeten die Parteidelegierten in Bern ein Thesenpapier zum Problemkreis **Gentechnologie**. Darin werden unter anderem vom Bund verbindliche Rahmenbedingungen für die Nutzung gentechnischer Methoden verlangt. Die Anwendung der Gentechnologie wird befürwortet, wenn dabei folgende Bedingungen eingehalten werden: Wahrung der Menschenwürde, Schutz der natürlichen Umwelt und Erhaltung der genetischen Vielfalt sowie Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens von Mensch und Tier.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die FDP die Ja-Parole zum Rebbaubeschluss und zum Energieartikel – diese beiden Beschlüsse waren allerdings ziemlich umstritten – sowie zur Reorganisation der Bundesrechtspflege und zur Strassenverkehrsgesetzrevision. Klare Nein-Parolen ergaben sich zu allen sechs zur Abstimmung kommenden Volksinitiativen.

Bei den **Wahlen** hat die FDP in den meisten Kantonen Verluste hinnehmen müssen: Insgesamt verlor sie elf Sitze, davon fünf im Kanton Bern und vier im Kanton Zug. Ausserdem gab sie im Zuger Regierungsrat einen Sitz an die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) ab. Auch im Parlament der Stadt Zürich büsste sie Mandate ein. Da sie hier ihren Wähleranteil massiv steigern konnte, war diese Wahlniederlage vor allem auf Proporzpech zurückzuführen.

1991

Die freisinnig-demokratische Partei verfolgte im Berichtsjahr weiterhin eine Strategie der **Personalisierung** ihrer Parteipolitik, was laut dem Generalsekretär Christian Kauter die einzige Chance zur Überwindung der Vertrauenskrise in der Wählerschaft seit der Kopp-Affäre darstellt. An den Parteitagen profilierten sich neben Parteipräsident Steinegger (UR) sowie Fraktionschef Pascal Couchepin (VS) auch Gilles Petitpierre (GE), René Rhinow (BL) und die Zürcherinnen Vreni Spoerry und Lili Nabholz.

Sowohl in den "Grundsätzen zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre", welche an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Basel verabschiedet wurden, als auch in dem am Parteitag in Freiburg gutgeheissenen **neuen Parteiprogramm** "Zielsetzungen 1991-95 der FDP Schweiz", bekräftigte die Partei die Politik der Deregulierung in Wirtschaft und Gesellschaft, wonach der Staat nur noch wenige Rahmenbedingungen setzen sollte. Dieses Prinzip des **"Ordoliberalismus"** sollte der Schweiz die nötigen Voraussetzungen liefern, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Parteiprogramm unterstrich die FDP die Notwendigkeit, die Totalrevision der Bundesverfassung als Voraussetzung für die Regierungs- und Parlamentsreform voranzutreiben. Zur Frage der **europäischen Integration** nahm die Partei eine differenzierte

Position ein; falls die EWR-Verhandlungen ein unbefriedigendes Ergebnis zeitigen sollten, will die FDP in einer Urabstimmung alle Parteimitglieder befragen, ob sie für einen Vollbeitritt zur EG oder für einen Ausbau der bilateralen Beziehungen im Rahmen der bisherigen Freihandelspolitik sind. In der Diskussion zur Drogenpolitik äusserten sich die Delegierten positiv zur Möglichkeit der kontrollierten Abgabe von Drogen an Süchtige, lehnten jedoch die Eröffnung weiterer Fixerräume deutlich ab. Ins Programm aufgenommen wurde auch die Befürwortung von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie **Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich**, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen und die Teuerung nicht anheizen.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungsvorlagen** fassten die Delegierten die Ja-Parole zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18, zur Militärstrafgesetzrevision sowie – im Gegensatz zum Vorort – zur Finanzreform, lehnten jedoch die LdU-Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ab. Das Finanzpaket wurde allerdings von rund einem Drittel der Kantonalsektionen zur Ablehnung empfohlen.

Der Parteitag in Solothurn Ende August eröffnete den Wahlkampf mit dem Thema **Wohnbaupolitik**; die Partei forderte eine Lockerung des Mietrechts, den Abbau von Vorschriften im Bauwesen und im Genehmigungsverfahren sowie die vermehrte Ausrichtung der Mieten auf den Markt.

Bei den **Nationalratswahlen** büsste die Partei mit sieben Verlusten von allen Parteien am meisten Sitze ein; mit 1,9% weniger Wähleranteil konnte sie den Schaden jedoch in Grenzen halten. Bei den Wahlen in den **Ständerat** konnte die FDP gar drei Sitze hinzugewinnen und die CVP als erste Partei ablösen. Bei **kantonalen Wahlen** verlor die FDP in den Kantonen Freiburg, Graubünden und Tessin insgesamt zehn Sitze, sie konnte diese Verluste jedoch durch Gewinne in andern Kantonen teilweise kompensieren.

Wie die **VOX-Analyse** der Nationalratswahlen zeigte, nahm unter der FDP-Wählerschaft die Gruppe von Personen in leitenden Positionen und jene der mittleren Angestellten weiter zu, während die Anteile der einfachen Angestellten, Arbeiter und Bauern rückläufig waren. Gewählt wird die Partei immer mehr von älteren Leuten – die Wählerschaft im Rentenalter bildete knapp ein Viertel – und von Menschen, die in kleineren oder mittleren Städten leben. Auffallend hoch in der Wählerschaft der FDP ist die Identifikation über den politischen Stil und über die prinzipielle Weltanschauung; dies widerspricht der allgemeinen Tendenz der Themen- und Personenorientierung. Der Verlust eines Teils der Wählerschaft wird in der Studie dadurch erklärt, dass die Partei in Fragen der Asyl-, Europa- und Umweltpolitik, die der FDP-Wählerschaft als wichtigste Probleme erscheinen, zu wenig oder nicht geschlossen auftritt.

Der Kongress der **Liberalen Internationale** in Luzern, an dem Delegierte aus 34 Ländern und Beobachter aus weiteren 20 Ländern teilnahmen, war dem Thema der Minderheiten gewidmet. Durch die Revolutionen und die Aufbruchstimmung in Zentral- und Osteuropa, in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie durch den Demokratisierungsprozess in gewissen Drittweltländern erhielt die Bewegung eine neue Bedeutung und Zuwachs durch die frisch gegründeten Organisationen.

1992

Im Diskussionspapier "**Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität der Zukunft**" forderte die FDP eine Überprüfung der gesamten Aussenpolitik, ohne allerdings deren bisherige Grundpfeiler, die bewaffnete Neutralität und das Prinzip der Solidarität, in Frage zu stellen. Die FDP empfahl, die Sanktionen der UNO mitzutragen, auch wenn die Schweiz vorläufig noch nicht Mitglied der Weltorganisation ist, um ihren Teil zur globalen Krisenbewältigung und Friedenssicherung in der Staatengemeinschaft beizutragen.

An einer Arbeitstagung zum Thema **Drogenpolitik** forderten Vertreter aus Bund, Kantonen und Gemeinden eine versuchsweise Heroinabgabe an Schwerstabhängige, die von flankierenden Massnahmen unterstützt werden sollte. Die bisherige Primärprävention wurde als ungenügend erachtet, vor allem infolge mangelnder Koordination zwischen den verschiedenen betroffenen Stellen in Kantonen und Gemeinden.

Eine **Studie zu den Resultaten der Frauen in der FDP bei den Nationalratswahlen**, welche unter der Leitung der Politologin Ballmer-Cao durchgeführt worden war, zeigte die schwache Vertretung der FDP-Frauen in den Parlamenten auf allen Stufen (Bund, Kantone, Städte) auf. Andererseits wurden die wenigen erfolgreichen Frauen als überdurchschnittlich kompetent beurteilt. Die Analyse stellte fest, dass freisinnige Frauen häufig in jenen Wahlkreisen antraten, in denen die Erfolgsaussichten wegen starker Konkurrenz gering waren. Die Partei müsste gemäss der Studiengruppe eine Strategie für die Frauennachwuchsförderung entwickeln und die vorhandenen Kapazitäten durch eine Nischenpolitik besser ausnützen. Die Präsenz der Frauen auf den freisinnigen Wahllisten sollte verstärkt werden, insbesondere in aussichtsreichen Wahlkreisen und auf vorderen Listenplätzen.

Als erste Regierungspartei gründeten die Freisinnigen eine **FDP-International**, mit einer ersten Landesektion in Südafrika.

Am Parteitag in Altdorf haben die Delegierten eine Zehn-Punkte-Resolution beschlossen, in welcher sie Massnahmen zur Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit** des Wirtschaftsstandortes Schweiz forderten. Ihrer Ansicht nach soll auf jeden Fall auf eine kurzfristig angelegte Strukturhaltung mittels konjunktur- und beschäftigungspolitischer Massnahmen verzichtet werden. Gemeinsam mit der CVP, der SVP und der LP reichte die Fraktion verschiedene Motionen zur Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ein.

Bei den eidgenössischen Abstimmungen war die FDP die **einzige Regierungspartei, welche das revidierte Gewässerschutzgesetz ablehnte**. Von den Kantonalsektionen empfahlen es jedoch sieben (ZH, BE, SO, SH, AR, AG, JU) zur Annahme.

Zum bäuerlichen Bodenrecht, welches in der Parlamentsberatung noch eine breite Mehrheit der FDP-Fraktion gefunden hatte, gab die Partei die Nein-Parole aus, wobei allerdings fünf Kantonalsektionen die Vorlage befürworteten. Die drei Vorlagen betreffend die Parlamentsreform fanden zwar Zustimmung, aber insgesamt acht Kantonalsektionen lehnten das **Infrastrukturgesetz** und sechs das revidierte Entschädigungsgesetz ab.

Die Fraktion kritisierte am dritten Integrationsbericht des Bundesrates vor allem den Zeitpunkt des Gesuchs um Beitrittsverhandlungen mit der EG. Bezüglich eines EG-Beitritts blieb die Partei allerdings gespalten. In der 62köpfigen Fraktion konnten zehn EWR-Gegner ausgemacht werden, die im übrigen alle aus der Deutschschweiz stammen und zu denen auch prominente Vertreter wie der Arbeitgeberpräsident Allenspach (ZH) gehörten. Die Delegiertenversammlung fasste mit einer deutlichen Mehrheit von 231 gegen 27 Stimmen die **Ja-Parole zum EWR-Beitritt**. Nur zwei Kantonssektionen (SZ, GR) beschlossen die Nein-Parole.

Bei den kantonalen **Wahlen** konnte die FDP sowohl sitz- als wähleranteilmässig leicht zulegen, einzig in St. Gallen musste sie wie die CVP eine schwere Einbusse zugunsten der AP hinnehmen. Leichte Verluste erlitt sie bei kommunalen Wahlen.

1993

Die FDP machte sich im Berichtsjahr schon vor den letzten Verhandlungsrunden der **GATT**-Verträge im Rahmen der Uruguay-Runde stark für eine breite Unterstützung des Vertragswerks. Ihrer Ansicht nach könnte die Ablehnung der GATT-Verträge in einer Volksabstimmung sehr viel tiefgreifendere Folgen für die schweizerische Wirtschaft haben, als die Verwerfung des EWR-Vertrags. In ihrem Positionspapier betonte die Partei aber auch, dass neben dem freien Welthandel eine aktive Menschenrechtspolitik auf internationaler Ebene realisiert werden müsse. Im übrigen dürfen in ihren Augen auch die globalen Umweltprobleme, die durch ein Anwachsen des Welthandels verschärft werden könnten, nicht in Vergessenheit geraten.

Bezüglich der **Umweltpolitik** nahm die FDP an einer Fachtagung über marktwirtschaftliche Lenkungsabgaben ähnlich wie der Vorort die Position ein, derartige Abgaben grundsätzlich zu befürworten, falls sie staatsquoten- und indexneutral seien und zudem die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland nicht beeinträchtigten. Anders als 1991 forderten Exponenten der FDP eine strikte Trennung von Umwelt- und Fiskalpolitik und plädierten für eine volle Rückerstattung der Abgabeerträge. Sie gaben wie die Vertreter der Wirtschaftsverbände einer europäisch harmonisierten CO₂-Abgabe den Vorzug gegenüber einer umfassenden Energieabgabe.

Eine länger dauernde **Polemik zwischen CVP und FDP** entstand, nachdem freisinnige Politiker vorgeschlagen hatten, mit einem dringlichen Bundesbeschluss gegen **kriminelle Asylbewerber** vorzugehen. Vergeblich versuchte daraufhin Bundesrat Koller darauf hinzuweisen, dass Instrumente zur **Eindämmung des Drogenhandels** durch Asylbewerber bereits bestehen oder in Vorbereitung sind. Die CVP konterte mit dem Argument, die Freisinnigen würden sich bloss mittels aufsehenerregender Forderungen, welche im übrigen internationale Rechtsvereinbarungen verletzen würden, auf Kosten der CVP und ihres Bundesrats profilieren. Neben der Drogen- und Asylpolitik machten die Freisinnigen ebenso wie die übrigen bürgerlichen Parteien die innere Sicherheit zu einem wichtigen Thema; sie publizierten dazu ein umfassendes Thesenpapier.

Die freisinnige Fraktion reichte im Zusammenhang mit dem **Revitalisierungsprogramm** eine Reihe von Vorstössen in den Bereichen Umschulung, Weiterbildung resp. Forschung, Bodenrecht, regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Steuerpolitik, Deregulierung im

Fernmeldewesen, Transitabkommen sowie Arbeitsmarkt. Der Nationalrat überwies zudem verschiedene Fraktionsmotionen der FDP zum **Abbau von Vorschriften in der Agrarpolitik**.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** beschlossen die Delegierten resp. der Delegiertenrat einstimmig die Ablehnung der beiden Armee-Initiativen. Unbestritten war auch die Ablehnung der Initiativen für Werbeverbote. Sämtliche zur Abstimmung gelangenden Parlamentsbeschlüsse wurden befürwortet. Allerdings sprachen sich verschiedene Kantonalsektionen gegen den höheren Satz der Mehrwertsteuer sowie gegen die Möglichkeit, diesen zur Sicherung der AHV um 1% zu erhöhen, aus. Auf nationaler Ebene entsprachen sämtliche Parolen, wie im übrigen auch bei der CVP und der SVP, dem Ausgang der jeweiligen Volksabstimmungen.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die FDP weiter Terrain gutmachen. Ausser im Kanton Aargau legte sie überall zu und gewann insgesamt fünf Mandate. Damit wurde die FDP sitzmässig die stärkste Partei in den Kantonalparlamenten und verdrängte die CVP auf den zweiten Platz. Auch die Anteile der gewählten **Frauen** konnten in allen Kantonen zum Teil massiv erhöht werden. An der Delegiertenversammlung in Genf wurden zudem interne Frauenförderungsmassnahmen beschlossen: auf allen Listen bei Wahlen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene soll eine Zielvorgabe von 30 bis 60% Frauenanteil erreicht werden. Trotz den verschiedenen Erfolgen bei kantonalen Wahlen machte die Partei Schlagzeilen durch Austritte von Prominenten aus der Wirtschaft. Der ehemalige Nationalbank-Präsident Leutwiler sowie der Grossindustrielle Thomas Schmidheiny traten, enttäuscht von dem ihrer Ansicht nach geringen Einfluss der FDP in der Wirtschaftspolitik, aus der Partei aus.

1994

Die FDP feierte im Berichtsjahr ihr **100-jähriges Bestehen**. Die Freisinnigen waren zwar seit 1848 massgebend für die Bundespolitik, auf gesamtschweizerischer Ebene konstituierten sie sich aber erst am 25. Februar 1894 in Olten. Die FDP blieb seither die wählerstärkste Partei auf nationaler Ebene und verfügt über das am dichtesten geknüpfte Netz an Lokalsektionen. Die FDP feierte das Jubiläum im September an ihrem Geburtsort mit rund 2000 Delegierten.

Angesichts des Bundesdefizits kündigte die FDP für die nächsten Jahre einen **strikten Sparkurs ohne Mehreinnahmen** an. Bundesrat Villiger warnte seine Partei jedoch, dass eine Beseitigung des Defizits ohne Mehreinnahmen illusorisch sei. Die Partei präsentierte Sparvorschläge von 3,1 Mia Fr., wobei sie eine Verlängerung der linearen Beitragskürzungen befürwortete und etwa Einsparungen beim Bundespersonal und den öffentlichen Beschaffungen, aber auch in den Beziehungen zum Ausland vorsah. Die Partei forderte auch eine Konsolidierung des Sozialstaates und eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen. Die Finanzierung des Bundeshaushaltes will sie vermehrt über indirekte Steuern bestreiten.

In einem Positionspapier "**Wege aus der Arbeitslosigkeit**" trat die Partei ausserdem für eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ein sowie für griffige Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Als wichtigste Massnahme gegen die Arbeitslosigkeit forderte die FDP eine Bildungsoffensive. Sie trat aber auch dafür ein, dass Arbeitslosigkeit unattraktiver gemacht werde

durch die Degression bei der Taggeldauszahlung, eine Weiterfassung des Begriffs der zumutbaren Arbeit und die Einführung einer einmonatigen Karenzfrist.

Die FDP stellte in einem Grundlagenpapier zur Seniorenpolitik **15 Thesen für eine ganzheitliche Alterspolitik** auf, deren primäre Ziele die Stärkung der Generationensolidarität und die Förderung der Eigenverantwortung sind. Dabei betonte die FDP mit der Einführungsthese "Es kann keine isolierte Alterspolitik geben" eine gesamtpolitische Betrachtung, die eine Verschärfung des Gegensatzes jung–alt vermeiden will. Weiter forderte sie die Gewährleistung der finanziellen Sicherung der AHV und des Generationenvertrages im Gesundheitswesen und plädierte für einen weiteren Ausbau der individuellen Vorsorge. Die Erhöhung des Frauenrentenalters hält die FDP für unvermeidbar. Weitere Thesen verlangen, den Anliegen der Betagten in der Siedlungs- und Verkehrspolitik vermehrt Rechnung zu tragen und Betagte besser in die Kultur- und Bildungspolitik zu integrieren. Nach Ansicht der FDP kommt den Medien bei der Förderung der Integration der Senioren eine entscheidende Funktion zu.

Die FDP des Kantons Waadt forderte die Mutterpartei in einer Resolution auf, ihre **Haltung zu Europa** darzulegen. Die FDP wehrte sich jedoch gegen den Vorwurf, die Europafrage tabuisieren zu wollen. Eine erneute Beitrittsdiskussion vor Beendigung der bilateralen Verhandlungen missachte ihrer Meinung nach aber den Volkswillen und zementiere die Zerteilung des Landes.

Freisinnige und Sozialdemokraten einigten sich im Rahmen der **Arbeitsgruppe Drogenpolitik** auf ein gemeinsames Aktionsprogramm. Beide Parteien forderten eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, eine verstärkte Prävention und eine Ausdehnung der ärztlich kontrollierten Heroinabgabe auf alle Schwerstabhängigen. Künftig strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden sollte der Drogenkonsum und der Besitz und Erwerb von Kleinstmengen zum Eigengebrauch. Die FDP blieb in der Drogenfrage aber in einen liberalen und einen repressiven Flügel gespalten. So meldete die Berner FDP-Nationalrätin G. Aubry bereits ihre Opposition gegen die Heroinabgabe an.

Ein Antrag von jungfreisinniger Seite, den 155 weitere FDP-Mitglieder, vorwiegend aus den Reihen der Zürcher und Aargauer Sektionen, unterschrieben hatten, verlangte die Prüfung einer gesamtschweizerischen Urabstimmung über den Fortbestand der **Zauberformel**. Der Antrag wurde vom FDP-Delegiertenrat jedoch klar abgelehnt, da er sich die Handlungsfreiheit zu diesem Thema erhalten möchte.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** folgte die FDP konstant den Anträgen von Bundesrat und Parlament. Grosse Abweichungen von der Parole der Mutterpartei verzeichneten mit 16 Kantonalsektionen aber die Vorlage über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe sowie mit 15 abweichenden Kantonalparteien das Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Für die Alpeninitiative sprachen sich drei Kantonalsektionen sowie der Delegiertenrat der Schweizer Jungfreisinnigen aus.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die FDP mit fünf Sitzgewinnen in den Parlamenten ihren Vorsprung auf die CVP, die sie 1993 als sitzmässig stärkste Partei überholt hatte, leicht ausbauen.

1995

Zu Beginn des Jahres brachte die "**Fischbacher-Affäre**" der FDP negative Schlagzeilen. Die FDP St. Gallen sah vorerst keinen Anlass, ihr Parteimitglied, den Arzt Walter Fischbacher, dem vorgeworfen wurde, sich als Gegner des Anti-Rassismus-Gesetzes wiederholt rassistisch und antisemitisch geäußert zu haben, auszuschliessen. FDP-Präsident Franz Steinegger stellte sich auf den Standpunkt, dass die Regelung des Falles Fischbacher nur in die Kompetenz der St. Galler Kantonalpartei falle. Mutter- und Kantonalpartei mussten sich den Vorwurf mangelnder Abgrenzung gegen Rechtsaussen gefallen lassen. Schliesslich gab Fischbacher selbst seinen Austritt bekannt und kam damit einem Entscheid der Kantonalpartei zuvor.

Ein Vorstoss von FDP-Nationalrat Bernard Comby (VS), der verlangte, dass der Bundesrat unmittelbar nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen das in Brüssel liegende EU-Beitrittsgesuch reaktiviert, führte in der freisinnigen Fraktion zu einer heftigen Diskussion über den Europa-Kurs der Partei. FDP-Präsident Franz Steinegger hielt an der europapolitischen Zielsetzung fest, sich auf die bilateralen Verhandlungen zu konzentrieren. An einer Delegiertenversammlung in Interlaken im April votierte auf Antrag der Genfer Sektion eine von Romands und Jungliberalen angeführte Mehrheit von 102 zu 81 Stimmen dann aber überraschend dafür, den **EU-Beitritt als langfristiges, strategisches Ziel** in einem als zu vage empfundenen Positionspapier zur Aussenpolitik festzuschreiben. Vergebens setzte sich die Parteiführung für eine Offenhaltung der Optionen ein. Damit übernahm die Partei weitgehend die Haltung des Bundesrates. Verschiedene freisinnige Befürworter eines EU-Beitritts warfen Parteipräsident Steinegger im Verlauf des Jahres allerdings vor, den Parteibeschluss nicht zu respektieren und die Position der FDP zu vernebeln.

Im Wahljahr 1995 präsentierte sich die FDP als eng mit der Wirtschaft verbundene Regierungspartei und trat mit dem Motto "Verantwortung übernehmen" an. Einstimmig hiess sie ein Positionspapier zur Wirtschaftspolitik gut, in dem sie sich für eine "**liberale Fitnesskur**", mehr Unternehmerfreiheit und Wettbewerb, Investitionen in Bildung und Forschung sowie eine wirtschaftsfreundlichere Steuerpolitik aussprach. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern will die FDP zugunsten der indirekten Steuern verbessern. Einen weiteren Ausbau des Sozialstaats lehnte sie ab und sprach sich bei der Arbeitslosenversicherung für punktuelle Leistungskürzungen aus. Die Staatsquote aller drei Ebenen möchte sie bei 32% stabilisieren.

Mit einem weiteren Positionspapier "**Perspektiven liberaler Lebensgestaltung**" verabschiedete die FDP verschiedene Postulate zur Gleichstellung der Geschlechter. Konkret forderte sie den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu allen Berufen und Positionen, die Einführung von Blockzeiten an den Schulen, freiwillige Tagesschulen sowie flexible Arbeitsformen und Teilzeitarbeit. Ferner trat sie für ein geschlechts- und zivilstandsunabhängiges Sozialversicherungs- und Steuersystem ein.

Zu den FDP-Vorschlägen für eine **Neuordnung der Volksrechte**, die unter anderem mehr direkte Demokratie in der Aussenpolitik ermöglichen wollen, siehe SPJ95, Teil I, 1c (Volksrechte).

Nach acht Sitzverlusten bei den 1995 durchgeführten kantonalen Wahlen verlor die Staatsgründerin FDP auch bei den eidgenössischen Wahlen 0,8% an Wählerstimmen (neu:

20,2%), konnte aber trotzdem einen Nationalratssitz hinzugewinnen. In einer Nachwahlanalyse führte Parteipräsident Steinegger das Wahlergebnis unter anderem darauf zurück, dass die Mehrheit der FDP-Wählerschaft den EU-Beitritt als langfristiges Ziel nicht wünscht. Als weiteren Grund sah er den **missglückten Angriff der Zürcher FDP auf die Zauberformel** anlässlich der Bundesratswahlen. Während die FDP in ihrer einstigen Hochburg Zürich einen Sitz verlor, konnte die SVP um Christoph Blocher ihre Vorherrschaft im bürgerlichen Lager ausbauen.

1996

Franz Steinegger, der seit 1989 Parteipräsident ist, wurde für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Ins Vizepräsidium wurde neben den wiederkandidierenden Vreni Spoerry (ZH) und Fulvio Pelli (TI) als Vertreter der welschen Schweiz neu Peter Tschopp (GE) gewählt. Nationalrat Tschopp gilt als ausgesprochener Europabefürworter.

Auch das Fraktionspräsidium der FDP musste im Berichtsjahr neu besetzt werden. Nach längerer Ausmarchung machte Ständerätin **Christine Beerli** (BE) gegen Gerold Bühler (SH) mit einer Stimme Differenz das Rennen. Sie wurde Nachfolgerin von Pascal Couchepin (VS) und ist erste weibliche FDP-Fraktionsvorsitzende. Die Wahl war auch insofern spannend, als sie klar den Flügelkampf innerhalb der FDP wiedergab: Bühler gilt als Verfechter eines harten wirtschaftsliberalen Kurses, während Beerli dem links-liberalen Lager zugerechnet wird.

Zu Beginn des Jahres nahm sich die FDP vor, wieder verstärkt als diejenige Partei aufzutreten, die über die grösste wirtschaftspolitische Kompetenz verfügt. **FDP und Wirtschaft entfernten sich** im Berichtsjahr jedoch teilweise **weiter voneinander**. So stellte sich die FDP nur bedingt hinter das umstrittene Weissbuch von Wirtschaftsführern "Mut zum Aufbruch". Anlässlich der verlorenen Abstimmung zur Verwaltungs- und Regierungsreform warf die FDP den Wirtschaftsverbänden – insbesondere auch dem Vorort – vor, sie hätten mit ihrem Widerstand gegen die Staatssekretäre Solidarität mit der FDP vermissen lassen. Gegen Ende des Jahres unterstützten die beiden freisinnigen Bundesräte ausserdem das revidierte Arbeitsgesetz nicht öffentlich. Mit der anschliessend verlorenen Abstimmung musste die FDP eine schwere Niederlage einstecken.

Im April wechselten vier Aargauer Parlamentarier der serbelnden Freiheits-Partei zur FDP. Parteipräsident Steinegger gab zum Zuwachs aus den Reihen der Freiheits-Partei sein Einverständnis, wobei er klar machte, dass nur wer freisinnig-liberale Positionen vertrete, in der Partei Platz habe. Steinegger signalisierte den FDP-Kantonalparteien auch seine Zustimmung, mit den Freiheitlichen Listenverbindungen einzugehen, vorausgesetzt, auf den Listen figurieren keine problematischen Namen. Die **Annäherung zwischen FDP und Freiheitlichen** stiessen beim liberalen Flügel und bei den Jungfreisinnigen auf Opposition.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die FDP insgesamt fünf Parlamentssitze ein, wobei sie insbesondere in Basel-Stadt und Schwyz massiv Sitze und Wähleranteile einbüsste. Die Partei verfügt aber gesamtschweizerisch weiterhin über die meisten kantonalen Parlamentssitze. In Freiburg konnte die FDP neu wieder in die Regierung Einzug halten, musste aber in Nidwalden und St. Gallen je einen Exekutivsitzen abgeben.

1997

Parteipräsident Steinegger, aber auch Bundesrat Kaspar Villiger kritisierten im Berichtsjahr offen, dass die FDP auf dem nationalen Parkett nicht als die Kraft erscheine, welche die Schweiz aus ihrer Mehrfachkrise führen könne. Gemäss Villiger tritt die FDP vorwiegend als effiziente Zweckgemeinschaft zur Rettung von Einzelinteressen auf. Steinegger rief zu **mehr Einigkeit und Fraktionsdisziplin** auf.

Parteipräsident Franz Steinegger (UR) wurde im August für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Die FDP-Frauen wählten anstelle von Franziska Frey-Wettstein (ZH) Sibylle **Burger-Bono** (BE) zu ihrer neuen Präsidentin. Zum Nachfolger von FDP-Generalsekretär Christian Kauter wurde der bisherige Delamuraz-Mitarbeiter Johannes **Matyassy** gewählt.

Um wirtschaftspolitisch Terrain gutzumachen, präsentierte die FDP 79 Vorschläge zur Verbesserung der **Situation der KMU** (kleine und mittlere Unternehmen). Unter anderem will sie sich für weniger Vorschriften, eine unternehmensfreundlichere Bau- und Umweltschutzgesetzgebung und eine vereinfachte Administration der Mehrwertsteuer einsetzen. Eine Zunahme der Lohnnebenkosten als Folge der Sozialleistungen lehnt sie ab. Die FDP bot ausserdem – teilweise gegen den Willen ihres eigenen Bundesrates, Finanzminister Kaspar Villiger – Hand zu Finanzvorlagen, die zusammen **Steuererleichterungen**, aber auch Steuerausfälle in Milliardenhöhe bringen könnten. An einer Delegiertenversammlung in Biel sprach sich die FDP im Grundsatz für eine **ökologische Steuerreform** bis zum Jahr 2005 aus, namentlich auch, um die Lohnnebenkosten zu senken.

Ausserdem bezog sie **bildungspolitisch** Position und plädierte für wieder auf mehr Effizienz und Leistung ausgerichtete Volksschulen, für kürzere Schul- und Studiengänge – so sollen sämtliche Studienrichtungen mit Ausnahme der Medizin nach acht Semestern, die Fachhochschulen nach sechs Semestern abgeschlossen werden – und für arbeitsmarktorientierte Ausbildungen. Schülerinnen und Schüler sollen ab dem zwölften Lebensjahr mit Internet-Anschlüssen versorgt werden. Alle Schulen seien dem Prinzip der wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu unterstellen, während die Lehrerschaft privatwirtschaftlich anzustellen und der Leistungslohn einzuführen sei.

Einen "**Umbau statt Abbau der Sozialwerke**" postulierte die FDP im Sozialbereich und sprach sich für die Beibehaltung des Drei-Säulen-Prinzips aus. Bei der AHV soll das Rentenalter 65 für Mann und Frau gelten. In der Arbeitslosenversicherung will die Partei das Degressionsmodell, die nach Bezugsdauer abgestuften Leistungen, wieder zum Tragen bringen und eine 30tägige Karenzfrist einführen. Bei der Krankenversicherung soll die Jahresfranchise auf mindestens 600 Fr. angehoben werden. Anstelle der Mutterschaftsversicherung, wie sie der Bundesrat vorsieht, forderte die FDP einen bedürfnisgerechten Mutterschutz, der Frauen bloss eine achtwöchige Lohnfortzahlung nach der Geburt garantiert. Zumindest dieser Punkt war innerhalb der Partei aber umstritten.

Ohne grosse Diskussionen sprachen sich sowohl Gesamtpartei als auch die FDP-Frauen **für den straflosen Schwangerschaftsabbruch** innerhalb der ersten 14 Wochen aus.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die FDP insgesamt sechs Parlamentssitze ein, davon fünf in Neuenburg. In Appenzell Ausserrhoden gab sie ausserdem freiwillig einen Regierungssitz an einen Unabhängigen ab.

1998

An einer Delegiertenversammlung vom 18. April in Bern wurde Regierungsrätin **Marianne Kleiner** (AR) als Nachfolgerin von Ständerätin Vreny Spoerry (ZH) **ins FDP-Vizepräsidium gewählt**.

In der **Finanzpolitik** legte die FDP Wert auf den **Abbau der Staatsverschuldung** sowie auf eine strikte **Ausgabendisziplin**. Als wichtigste kurzfristige Massnahme betrachtete sie die Umsetzung des Haushaltsziels 2001 sowie das Stabilisierungsprogramm. Sie lehnte insbesondere die Einführung einer allgemeinen Kapitalgewinnsteuer, eine Beteiligungsgewinnsteuer und eine eidgenössische Erbschaftssteuer ab und wehrte sich gegen die vom Bundesrat im Rahmen der Schliessung von Steuerschlupflöchern vorgeschlagene höhere Besteuerung der Kapitaleistungen aus den Vorsorgesäulen 2 und 3a. Unerlässliche Kompensationen von Steuerausfällen müssten im Bereich der indirekten Steuern erfolgen, da der MWSt-Satz in der Schweiz vergleichsweise tief sei. Für die FDP-Parteileitung hatte die Sanierung der Bundesfinanzen Priorität gegenüber der Wohneigentums-Initiative, weshalb sie die Nein-Parole beschloss.

In ihrer Vernehmlassungsantwort **lehnte die FDP den Energieabgabebeschluss** (EAB), der auf allen nichterneuerbaren Energien eine Abgabe von 0,6 Rp./kWh vorsieht, **rundweg ab**. Dieser würde eine unannehmbare Subventionsmaschinerie in Gang setzen und die Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten von rund 1 Mia Fr. belasten. Für diskussionswürdig hielt sie hingegen den von der Ständerats-Urek vorgeschlagenen Verfassungsartikel, der ebenfalls eine Abgabe auf nichterneuerbaren Energien vorsieht, dessen Erträge aber zur Entlastung der Wirtschaft von obligatorischen Lohnnebenkosten eingesetzt werden sollen. Auf die Übergangsbestimmungen, die eine auf mindestens 10 Jahre befristete Förderung erneuerbarer Energien und eine rationelle Energienutzung verlangt, wollte sie aus denselben Gründen wie beim EAB nicht eintreten.

In ihrer Stellungnahme zum IDA-FiSo-2-Bericht sprach sich die FDP gegen einen weiteren Ausbau des Sozialstaates und für Reformen unter dem Aspekt einer nachhaltigen **Sicherung der Zukunft der Sozialwerke** aus. Sie warf der SP vor, durch ihre Sorglosigkeitskampagne das Problem der Finanzierung schlicht zu negieren.

Im Grundsatz standen die **FDP-Frauen der Einführung einer Mutterschaftsversicherung positiv** gegenüber, allerdings bestand über die Frage der Finanzierung noch kein Konsens. Auch die Mehrheit der Fraktion machte die Schaffung einer Mutterschaftsversicherung von einer sauberen Finanzierungsgrundlage abhängig. Bezüglich Schwangerschaftsabbruch sprach sie sich mehrheitlich für die Straffreiheit und gegen die Zwangsberatung aus, da diese zu unerwünschter staatlicher Einflussnahme führe und der Selbstverantwortung der Frau nicht gerecht werde.

Der Neuenburger FDP-Parteitag vom 24. Oktober stand ganz **im Zeichen des programmatischen Aufbruchs**. Der Freisinn wolle sich nicht länger am traditionellen Links-rechts-Schema orientieren, sondern strebt eine Modernisierungspolitik jenseits von rechts und

links an; von Belang sei in Zukunft der Gegensatz zwischen Status Quo und Modernisierung. Unter Führung von Parteipräsident Steinegger und Generalsekretär Matyassy wurde die **“Vision Schweiz 2007”** ausgearbeitet, die ein Denkmodell der erwarteten Entwicklung darstellen soll. Im volkswirtschaftlichen Bereich sind nach freisinniger Vorstellungen im Jahr 2007

Wettbewerbsbehinderungen abgebaut, die Finanzierung der Sozialversicherungen langfristig gesichert und die Grundversicherung der Krankenkassen durch die Verselbständigung der öffentlichen Spitäler finanziell tragbar. Im Bildungsbereich ist die akademische Bildung dereguliert und der Markt für private Anbieter offen. In aussenpolitischer Hinsicht ist die Schweiz Mitglied von UNO und EU und verfügt über eine moderne Milizarmee, die ihren Auftrag im UNO/NATO-Verbund erfüllt. Im politischen System steht ein starker Bundespräsident an der Spitze eines Regierungsteams, das ein von mehreren Parteien getragenes Programm umsetzt und seine Führungsrolle wahrnimmt. Das Durchschnittsalter im Bundesrat liegt unter fünfzig und mehrere Frauen gehören ihm an. Die Parteienlandschaft setzt sich aus einer nationalkonservativen, einer linkskonservativen und einer Modernisierungsbewegung zusammen.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die FDP insgesamt 16 Parlamentssitze ein, davon 14 alleine in der Waadt. Dies ist allerdings damit zu relativieren, dass das Kantonsparlament von 200 auf 180 Sitze reduziert wurde. Während sie im Kanton Glarus einen weiteren Regierungsratssitz auf Kosten der SP eroberte, verlor sie je einen in Appenzell Ausserrhoden und Nidwalden. Zusätzlich büsste sie in Glarus einen der beiden Ständeratssitze zugunsten der SVP ein.

1999

Zweimal hatte die FDP im Berichtsjahr Parolen zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zu fassen, welche zu erheblichen parteiinternen Konflikten führten. An der FDP-Delegiertenversammlung vom Januar beschloss die Partei die **Nein-Parole zur Hauseigentümer-Initiative**. Mit 101 zu 85 Stimmen wurde die Parteileitung knapp auf ihrem Kurs, der Sanierung der Bundesfinanzen Priorität einzuräumen, unterstützt. Nationalrat Dettling (SZ), Präsident des Schweizerischen Hauseigentümerversandes, hatte vergeblich die Wohneigentumsförderung als "freisinniges Uranliegen" beschworen. Parteipräsident Steinegger und Bundesrat Villiger setzten sich für einen Systemwechsel in der Eigentumsbesteuerung ein. Die Besteuerung des Eigenmietwertes sollte demnach fallen gelassen werden. Gleichzeitig würde der Schuldzinsabzug bei der Steuerbemessung überfällig. Die Unterhaltskosten könnten nach ihrem Vorschlag weiterhin von den Steuern in Abzug gebracht werden. Das Hauptargument Steineggers und Villigers waren jedoch die enormen Kosten, die mit der Annahme der Initiative verbunden wären; ausserdem würden die Erleichterungen hauptsächlich denjenigen zugute kommen, die bereits über Wohneigentum verfügten.

Mit 85 zu 73 Stimmen votierten die Delegierten in Brig Ende April **gegen die Mutterschaftsversicherung** und erzürnten mit dieser Entscheidung die Mehrheit der Freisinnigen in der Romandie. Viele Westschweizer Parteidelegierte verliessen aus Protest den Saal. Nach den Abstimmungen über die LSVA, die Neat und die Wohneigentumsinitiative war die Partei nun zum vierten Mal innerhalb eines Jahres gespalten. Für Triponez (BE), Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, war die Vorlage aus Gründen der Finanzierbarkeit nicht akzeptabel. Dagegen bat Ständerätin Lili Nabholz (ZH) um Zustimmung. Die letzte Lücke im schweizerischen

Sozialsystem müsse gestopft werden. Alle nichtdeutschsprachigen Kantonalsektionen der FDP beschlossen in der Folge die Ja-Parole zur Mutterschaftsversicherung.

Wohl auch mit dem Hintergedanken, im Wahljahr 1999 ihre Finanzpolitik ins rechte Licht zu setzen, kündigte die FDP die Lancierung einer **Volksinitiative für ein Steuer-Moratorium** an. Die FDP befürchtete, dass in Zukunft zu viele einzelne Steuerprojekte an die Urne kämen, deren Auswirkungen auf das Steuersystem insgesamt nicht genügend berücksichtigt würden. Obwohl es in den Kantonen Genf und Jura einige Vorbehalte gab, beschloss die Delegiertenversammlung vom August in Freiburg einstimmig und ohne grosse Diskussion die Lancierung der Initiative.

Mitte Juni gab der Genfer Nationalrat **Tschopp** seinen Rücktritt als Vizepräsident der FDP bekannt. Er nannte berufliche Gründe, nutzte die Gelegenheit aber auch zur Kritik an seiner Partei; diese würde die Anliegen der Romandie zu wenig ernst nehmen. Dabei sprach er sich auch für eine Fusion der Westschweizer bürgerlichen Parteien aus, um die Deutschschweizer SVP besser bekämpfen zu können.

Als an der Delegiertenversammlung in Weinfelden (TG) zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen die FDP-Delegierten einstimmig **die Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU** beschlossen, wurde die Gelegenheit auch zu Attacken auf die SVP genutzt. Nationalrat Mühlemann (TG) forderte seine Parteikolleginnen und -kollegen dazu auf, sich gegen die "Irrläuferpartei" SVP zu wenden und eine geeinte Haltung zu den Bilateralen zu offenbaren. Parteipräsident Steinegger führte an, die wirtschaftliche Situation der Schweiz sei wieder eine "Erfolgsstory", und dies sei in erster Linie der Verdienst der FDP. Die SVP sei an diesem Aufbau nicht beteiligt gewesen; sie habe sich in "Elendspropaganda" und Kampfbereitschaft gegen die angebliche sozialistische Machtübernahme verfangen.

Nachdem die FDP in der ersten Jahreshälfte bereits in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Land Wählerstimmen und Parlamentssitze an die SVP verloren hatte, überstand sie auch die **Nationalratswahlen** vom Herbst nicht unbeschadet. Die Verluste hielten sich allerdings mit 2 Sitzen und -0,3% Wähleranteil in Grenzen.

2000

Die Delegiertenversammlung vom April bestätigte Steinegger mit einer Standing Ovation als Parteipräsidenten. Damit trat der 1989 gewählte Urner seine vierte Amtszeit an. Bereits im März hatte er angekündigt, dass er der Partei nicht für eine ganze Amtsdauer, sondern bloss für ein bis zwei weitere Jahre zur Verfügung stehen werde. Als **neuer dritter Vizepräsident** wurde der Tessiner Nationalrat **Gabriele Gendotti** gewählt. In die Parteileitung rückten ausserdem Gerold Bühler (SH), John Dupraz (GE), Christine Egerszegi (AG), George Theiler (LU), Christian Wanner (SO) und die Baselbieterin Fabia Schild nach. Schliesslich bestätigten die Delegierten die bereits im vergangenen November gefasste Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU fast einstimmig.

Ende August ernannte der Bundesrat FDP-Generalsekretär **Matyassy zum Direktor der neu geschaffenen „Präsenz Schweiz“**. Die im Aussenministerium angesiedelte PR-Organisation soll

das Image der Schweiz im Ausland pflegen. Im Oktober wählte die Geschäftsleitung der FDP sowie die Konferenz der FDP-Kantonalpräsidenten den bisherigen Pressechef **Guido Schommer zum Nachfolger von Matyassy** als Generalsekretär. Der 28jährige Ausserrhoder Betriebswirt hatte bereits 1995 als Wahlassistent beim damaligen Generalsekretär Kauter gearbeitet. Er war 1992 zur FDP gestossen und zu Beginn seiner politischen Karriere Vorstandsmitglied der Bewegung „Geboren am 7. Dezember“, die sich nach dem EWR-Nein für eine rasche Integration der Schweiz in die EU eingesetzt hatte. Ende Jahr wurde in der Juristin Barbara Perriard auch die Nachfolgerin für Schommer im Amt des Pressechefs gefunden. Sie wird ihr Amt im Frühjahr 2001 antreten.

An der **ersten Delegiertenversammlung** des Jahres kritisierte Steinegger den weit verbreiteten Populismus bei der SVP. Deren Protagonisten würden eine fundamentalistische „Freund-Feind-Politik“ betreiben und sich als Retter der Bürgerlichkeit aufschwingen. An der linken politischen Kultur kritisierte Steinegger die kategorische Ablehnung des Neoliberalismus.

Mitte Februar stellten die Bundeshaus-Fraktion und die Geschäftsleitung der FDP ihre **Legislaturziele** vor. Fraktionschefin Beerli (BE) grenzte sich dabei klar gegen die Zielvorgaben der SP ab: Ihre Fraktion strebe das Wohl der Gemeinschaft ausgehend vom Wohl des Individuums an und nicht umgekehrt. Sie forderte flexiblere Arbeitsbedingungen, eine Liberalisierung der Märkte und den Verzicht auf Mindestlöhne. Die FDP setzte sich ferner Steuererleichterungen für Familien und die Abschaffung des Börsenumsatzstempels zum Ziel. Die überschüssigen Goldreserven der Nationalbank sollten vorwiegend zum Schuldenabbau eingesetzt werden. Bei der Altersvorsorge postulierte die Fraktion das „Modell der sanften Pensionierung 62/68“: Ab den 62. Altersjahr sollte eine gleitende Pensionierung eingeführt werden. Wer über das 65. Altersjahr hinaus arbeiten wolle, soll einen Solidaritätsbeitrag an die frühzeitig Pensionierten leisten. Im Bereich Bildung will die FDP-Fraktion Tagesschulen fördern, Kinderbetreuungskosten als Steuerabzug zulassen, die Einschulung im fünften Altersjahr fördern sowie Englischunterricht in der Grundschule einrichten. Der Zugang zu den Hochschulen soll durch höhere Zulassungshürden erschwert werden.

An einer vorwiegend von Frauen besuchten Tagung in Solothurn präsentierten die Freisinnigen eine **Petition zur Einführung von familienunterstützenden Tagesstrukturen** bei der Kinderbetreuung: Tagesschulen und ganztägige Betreuungsangebote seien zu fördern. Die Musterpetition orientiert sich inhaltlich am sogenannten Tessiner Modell und soll in den Kantonsparlamenten eingereicht werden. Für Vizepräsidentin Marianne Kleiner ist die Forderung nach Betreuungsangeboten primär ein wirtschaftliches Argument: Die FDP sei weder gewillt, das wirtschaftliche Potential von Frauen, die Kinder betreuen, brach liegen zu lassen, noch den Verzicht vieler karrierebewusster Frauen auf eigene Kinder hinzunehmen. Die Finanzierung blieb an der Tagung jedoch umstritten. An derselben Tagung wurde auch eine Resolution der Aargauer Nationalrätin Christine Egerszegi verabschiedet, die vom Ständerat verlangt, einer Fristenlösung nicht länger im Weg zu stehen.

Der Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe war dereinst als Gegenentwurf zur zurückgezogenen Energie-Umwelt-Initiative unter namhafter Beteiligung der FDP im Parlament zustande gekommen. Im August entschieden sich die Delegierten jedoch **gegen die** vor der

Volksabstimmung stehenden **Energievorlagen**. Sehr deutlich lehnten die Delegierten auch die 18-Prozent-Initiative zur Begrenzung der Einwanderung ab, deren Urheber, der Aargauer Grossrat Philipp Müller, dem Freisinn angehört.

Die im Vorjahr lancierte **Steuerstopp-Initiative** der FDP wurde Anfangs Dezember fallen gelassen. In einer Pressemitteilung erklärte die Parteileitung, es seien nur 60 000 Unterschriften zustande gekommen.

Bei den **kantonalen Parlamentswahlen** fing die FDP die im Vorjahr erlittenen Einbussen teilweise wieder auf. Eine deutliche Avance konnte sie im Kanton Graubünden verbuchen (+7), in St. Gallen (-4) und Schwyz (-3) wurde ihre Sitzzahl jedoch reduziert. In Schaffhausen holte sich die Partei das im vergangenen Jahr verlorene Regierungsmandat zurück und auch in St. Gallen eroberte sie ihren dritten Exekutivsitze zurück. Dagegen wurde Finanzministerin Stéphanie Mörikofer im Aargau abgewählt. In Basel verzichtete die FDP zugunsten ihres bürgerlichen Bündnispartners CVP auf einen Regierungssitz.

2001

Ende Januar gab Franz **Steinegger** (UR) seinen **Rücktritt** als FDP-Präsident bekannt. Er hatte das Amt zwölf Jahre inne gehabt. Der als Favorit gehandelte Hans-Rudolf Merz (AR) verzichtete auf eine Kandidatur. Zum Nachfolger designierte die Parteileitung den Schaffhauser **Gerold Bühler**. Der 53-jährige Finanzchef der Georg Fischer AG wurde 1991 in den Nationalrat gewählt und zählt zum neoliberalen Wirtschaftsflügel und gesellschaftspolitisch zu den Konservativen. Bühler verlangte einen bürgerlichen Dreierbund mit FDP, SVP und CVP und forderte die CVP auf, sich klar rechts zu positionieren. Am 7. April bestätigte die Delegiertenversammlung in Genf Gerold Bühler als Nachfolger von Parteipräsident Franz Steinegger.

Anfangs März trat die **Präsidentin der FDP-Frauen**, Sibylle Burger-Bono (BE) zurück; ihre Nachfolge trat die Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst an.

Im Frühjahr wechselte Nationalrat Luzi **Stamm** (AG), der schon vorher meist mit der SVP gestimmt hatte, von der FDP- in die SVP-Fraktion. Weil der **Bündner Regierungsrat Peter Aliesch** der passiven Bestechung durch einen griechischen Geschäftsmann verdächtigt wurde, trat er anfangs August aus der FDP aus. Aliesch musste seine Amtsgeschäfte abgeben, behielt jedoch sein Regierungsratsmandat. Der **Genfer Staatsrat Gérard Ramseyer** stolperte über eine Korruptionsaffäre im Konkurs- und Betreibungsamt und wurde im November abgewählt.

Mitte Januar beschlossen die FDP-Delegierten in Olten nach intensiver Diskussion mit 133:98 Stimmen die Nein-Parole zur Initiative „**Ja zu Europa**“. Die Genfer und die Waadtländer FDP hatten zuvor mit grosser Mehrheit die Initiative zur Annahme empfohlen. Als Kontrapunkt zu der von der SP unterstützten Gesundheitsinitiative, welche die Abschaffung der Kopfprämien fordert, plädierte die FDP in einem Positionspapier für eine **Gesundheitsversorgung**, die auf den drei Säulen Selbstverantwortung, obligatorische Grundversorgung für das medizinisch Notwendige und fakultative Zusatzversicherung für sogenannte Komfortleistungen beruhen soll. Versichert werden sollten nicht mehr Leistungen, sondern Risiken.

Anfang April verabschiedeten die FDP-Delegierten in Genf ein Konzept zum öffentlichen Dienst. Darin verlangte die FDP, die **Liberalisierung** und Privatisierung weiter voranzutreiben. Der bisherige Service public müsse einem Service au public weichen, der Leistungsstaat dem Gewährleistungsstaat.

Zum Sommerbeginn erklärte Parteipräsident Bühler, dass die FDP die Forderung der Automobilverbände nach einer zweiten **Tunnelröhre** durch den Gotthard unterstütze, weil sie sieben Jahre nach der Annahme der Alpenschutzinitiative die Diskussion um die Beseitigung von Kapazitätsengpässen im Alpenverkehr wieder lancieren wolle.

Im Juni führte die FDP in Bern und parallel per Video-Schaltung in Zürich, Basel, Sursee, Freiburg und Neuenburg einen **online-Parteitag** zum Thema Informations- und Kommunikationsgesellschaft durch, den Interessierte via Internet live mitverfolgen konnten. Der Anlass bildete den Höhepunkt und Abschluss des Pilotprojektes fdp.live-Politik-online, das die Bevölkerung seit Mitte Mai zum politischen Dialog eingeladen hatte.

Im Hinblick auf die bundesrätliche Botschaft zur Forschungs- und Technologiepolitik 2004-2008 und die Ausarbeitung eines neuen Hochschulartikels forderte die FDP in einem Positionspapier mehr Autonomie für das **Hochschulsystem** und eine grosszügige Finanzierung der langfristigen Forschung.

An der Delegiertenversammlung in Herisau zog die Mehrheit der Anwesenden den Vorschlag von Gewerbeverbanddirektor Pierre Triponez (fdp, BE) und der FDP Frauen für einen **14-wöchigen Mutterschaftsurlaub** dem der Parteileitung vor, die das Modell des Bundesrats unterstützte. Die vom Nationalrat gutgeheissene Finanzspritze des Bundes von jährlich 100 Mio Fr. für familienexterne Betreuungsplätze wurde unter dem Vorbehalt gutgeheissen, dass die auf zehn Jahre befristete Anstossfinanzierung spätestens nach fünf Jahren einer Erfolgskontrolle unterzogen werde.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** verlor die FDP in Genf und im Wallis je zwei Sitze und in Solothurn einen Sitz. In Neuenburg und Freiburg konnte sie je ein Mandat hinzugewinnen. Nach 155 Jahren ist die FDP nicht mehr in der **Genfer Regierung** vertreten.

2002

Der Bundeshausjournalist **Christian Weber** übernahm das **Amt des Pressesprechers** von Barbara Perriard, welche nach ihrem Mutterschaftsurlaub 2003 teilzeitlich im FDP-Generalsekretariat arbeiten will.

Im September erklärte die Berner Ständerätin Christine Beerli ihren Rücktritt als **Fraktionschefin** auf Beginn der Wintersession und als eidgenössische Parlamentarierin auf Ende Legislatur. Beerli, die von der Presse als potentielle Nachfolgerin von Bundesrat Kaspar Villiger gehandelt wird, begründete den Zeitpunkt ihrer Amtsaufgabe damit, dass sie der nachfolgenden Person genügend Raum lassen wolle, um die Wahlen 2003 vorzubereiten. Zum Nachfolger bestimmte die Fraktion mit dem Tessiner Nationalrat **Fulvio Pelli** und bisherigen Fraktions-Vizepräsidenten

turnusgemäss einen Vertreter der lateinischen Schweiz. Pelli wurde 1995 in den Nationalrat gewählt und ist Mitglied des Büros sowie Vizepräsident der WAK.

Nachdem **Gerold Bühler** wegen seiner Doppelrolle als Parteipräsident der FDP und als Verwaltungsrat der krisengeschüttelten Rentenanstalt zunehmend unter Druck geraten war, erklärte er im November per sofort seinen **Rücktritt vom Parteipräsidium**. Um die Vakanz kurz vor den Wahlen möglichst rasch zu besetzen, nominierte die Parteileitung Ständerat Hans-Rudolf Merz (AR), der bereits 2001 für die Nachfolge von Präsident Franz Steinegger im Gespräch war. Da dieses Vorgehen parteiintern auf heftige Kritik stiess, übernahm Vizepräsidentin Christiane Langenberger und nicht wie ursprünglich vorgesehen Hans-Rudolf Merz interimistisch die Parteiführung bis zur Wahl des neuen Präsidiums im Januar 2003. Zudem beschloss die Geschäftsleitung, weitere für das Amt in Frage kommende Kandidaten anzufragen. Ende Dezember hatte neben Vizepräsidentin Christiane Langenberger (VD) einzig die Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein ihre Kandidatur angemeldet. Der Favorit Merz war wegen seiner Mandate und seiner Tätigkeit als Unternehmensberater in Südafrika während der Apartheid in den 80er Jahren zunehmend unter Beschuss geraten und hatte seine Kandidatur zurückgezogen, andere von den Medien als aussichtsreich gehandelte FDP-Mitglieder stellten sich nicht zur Verfügung.

Anfangs Jahr sprachen sich die Freisinnigen mit lediglich fünf Gegenstimmen **für den Beitritt der Schweiz zur UNO** aus; 1986 waren sie noch gespalten gewesen, hatten aber für einen UNO-Beitritt optiert. Die Volksinitiative des Gewerkschaftsbundes "für eine kürzere Arbeitszeit", welche die 36-Stunden-Woche einführen wollte, lehnten die Delegierten einstimmig ab. In der **Gesundheitspolitik** forderte die FDP eine wettbewerbsorientierte Reform des KVG. Mit der Erhöhung der obligatorischen und der selbstwählbaren Franchise sowie des Selbstbehaltes bei Bagatellfällen soll die Selbstverantwortung gestärkt werden. Bis im Herbst soll eine Arbeitsgruppe, die von FDP-Fraktionspräsidentin Christine Beerli geleitet wird und der auch der Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft Walter Grete, Nationalrat Felix Gutzwiller (fdp, ZH), der Unternehmer Otto Ineichen und Robert Leu, Professor für angewandte Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik der Universität Bern, angehören, eine vertiefte und vorurteilslose Überprüfung der ökonomischen Anreize für alle Akteure im Gesundheitswesen vornehmen.

In Hergiswil sprachen sich die Delegierten der FDP einstimmig für die Fristenregelung und gegen die Volksinitiative "für Mutter und Kind", welche Abtreibungen generell verbieten will, aus. Ausserdem verabschiedeten sie zwei Positionspapiere: Das Papier zum **Service public** hatte im Vorfeld der Versammlung für Aufregung gesorgt, enthielt aber lediglich eine Zusammenfassung alter Vorstösse und Stellungnahmen, die in ihrer Radikalität etwas abgeschwächt worden waren. Im Positionspapier zur **Gentechnologie** im ausserhumanen Bereich wehrten sich die Freisinnigen **gegen ein Freisetzungsmoratorium** und drohten, ein allfälliges Referendum gegen das Gentechnikgesetz zu unterstützen, sollte es ein Moratorium beinhalten. Am Rand der Delegiertenversammlung entschied sich die FDP-Fraktion knapp für eine tiefere Schwelle beim Zutritt zu den Pensionskassen.

Im Mai präsentierten die Freisinnigen ein Positionspapier zur Migrationspolitik, dessen Inhalt weitgehend der Politik des Bundesrats entspricht. Als erste Bundesratspartei bezog die FDP

Stellung zur **Stammzellenforschung**. Sie verlangte, die Forschung an überzähligen embryonalen Stammzellen im Interesse des medizinischen Fortschrittes zuzulassen. Es sei ethisch fragwürdig, zwar den Import menschlicher Stammzellen zu erlauben, deren Verwendung im eigenen Land jedoch zu verbieten, wie dies in Deutschland der Fall sei. Zudem drohe ohne liberale Regelung eine Abwanderung von Forschenden und Unternehmen.

Nach einer engagierten Rede von Bundesrat Kaspar Villiger und fast dreistündiger Diskussion entschieden sich die Freisinnigen mit 128:89 Stimmen bei 5 Enthaltungen, den bundesrätlichen Gegenvorschlag zur SVP-Goldinitiative und damit die **Solidaritätsstiftung zu unterstützen**; im März hatte sich die Fraktion im Nationalrat gegen die Regierung gestellt. Zur Goldinitiative beschlossen die Delegierten die Nein-Parole; das Elektrizitätsmarktgesetz empfahlen sie zur Annahme.

Unter dem Motto "**Freiheit und Verantwortung**" versammelten sich über 200 Präsidenten von Ortsparteien zum offiziellen Auftakt der **Wahlkampagne 2003**, in der sich die FDP als liberale, bürgerliche und verantwortungsbewusste Regierungspartei empfahl. Inhaltlich konzentrierte sich die in Vorbereitung befindliche Wahlplattform auf die vier Themenbereiche wirtschaftliches Wachstum, gesicherte und bezahlbare Sozialwerke, Ausbau von Bildung und Forschung sowie innere und äussere Sicherheit. Um das Ziel eines Wähleranteils von 25% zu erreichen, sei eine vermehrte Mobilisierung nötig. Dazu beitragen soll ein landesweit möglichst einheitliches Erscheinungsbild, um die FDP als Marke zu präsentieren (die Ortsparteipräsidenten erhielten eine CD-ROM mit dem Parteilogo und Mustervorlagen für Inserate). Allerdings wollte die Partei Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Befindlichkeiten in den Sprachregionen, weshalb sie beabsichtigte, in den Inseratekampagnen teilweise verschiedene Themen anzusprechen.

An ihrer Delegiertenversammlung beschlossen die Freisinnigen die Ja-Parole zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes; bereits am Vortag hatten die FDP-Kantonalpräsidenten die Asylinitiative der SVP zur Ablehnung empfohlen. Anschliessend gaben sich die Delegierten ein neues **Wirtschaftsprogramm** mit dem Titel "Die Schweiz als Chancengesellschaft: Ein Vertrauenspakt für mehr Wachstum auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft", das in semantischer Anlehnung an J.J. Rousseaus Gesellschaftsvertrag einen contrat économique zwischen den Wirtschaftsteilnehmenden (Konsumenten, Arbeitnehmerinnen, Unternehmer, Investorinnen) und dem Staat (Bürgerinnen und Bürger, Parlament und Regierung) forderte. Ziel sei es, dass die Schweiz im OECD-Vergleich wieder eine Spitzenstellung erreiche und in den Bereichen Forschung, Bildung und Innovation führend werde.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** musste die FDP insgesamt **25 Mandate abgeben**, davon zehn allein in der Waadt, wo sie nicht mehr die stärkste Fraktion stellt, sieben in Zug und je zwei im Jura, in Bern, in Ob- und in Nidwalden; dem stehen lediglich zwei Gewinne in Glarus gegenüber. In den **Regierungsratswahlen** konnten die Freisinnigen in Nidwalden ein Mandat hinzugewinnen, verloren jedoch eines im Jura; dieser Verlust wog allerdings schwerer, da es sich um den einzigen FDP-Regierungssitz in diesem Kanton handelte. In Winterthur musste die FDP das Stadtpräsidium an die SP abtreten.

2003

Anfang Januar wählten die FDP-Delegierten Interimspräsidentin **Christiane Langenberger** (VD) mit 181 Stimmen zur **Präsidentin**. Auf die als Favoritin gehandelte Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein entfielen 164 Stimmen. Manche Freisinnige hatten befürchtet, dass Heberlein, die im Herbst gemeinsam mit dem SVP-Vertreter Hans Hofmann (ZH) für den Ständerat kandidieren wollte, sich als FDP-Präsidentin auf nationaler Ebene zu wenig würde von der Hauptkonkurrentin SVP abgrenzen können – die SVP hatte bereits damit gedroht, das Doppel-Ticket Heberlein-Hofmann platzen zu lassen. Langenberger hingegen hatte für eine eigenständige Politik der Mitte plädiert.

Anlässlich der alpinen Ski-Weltmeisterschaften in St. Moritz (GR) forderte die FDP in einem Positionspapier eine **umfassende Sportpolitik**, finanziert aus den Erträgen der Tabak- und der Alkoholsteuer. Politik und Wirtschaft müssten von den wichtigen Impulsen des Spitzensports profitieren. Die Rahmenbedingungen für den Sport seien zu verbessern, insbesondere die Vereinbarkeit von Leistungssport und Schule resp. Ausbildung.

Als letzte der vier Bundesratsparteien stellte die FDP ein **Positionspapier zur „Bürgersicherheit“** vor. Basierend auf den vier Säulen Prävention, Repression, Therapie und Reparation wollte sie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Bei Themen wie der Strafbarkeit des Cannabis-Konsums oder der Videoüberwachung im öffentlichen Raum waren die Freisinnigen jedoch uneins.

An ihrem Programmparteitag im Schiffbau des Zürcher Schauspielhauses beschlossen die Freisinnigen die Nein-Parole zu den sieben von der Linken unterstützten Volksinitiativen. Anschliessend wählten die Delegierten den Unternehmer und Kantonsrat Ruedi Noser (ZH) zum Vizepräsidenten – als Ersatz für die zur Parteipräsidentin aufgerückte Christiane Langenberger – und Maja Lalive d'Épinay (SZ) als neues Mitglied in die FDP-Geschäftsleitung. Kaum zu Diskussionen Anlass gab die **Wahlplattform** „FDP – im Einsatz für Freiheit und Verantwortung. Mehr Chancen für die Schweiz“ mit den vier Schwerpunkten Wirtschaftswachstum, Bildung und Forschung, soziale Sicherheit und Gesundheit sowie Sicherheit und Migration. Ohne Gegenstimme und mit einigen Enthaltungen sprachen sich die Delegierten im Grundsatz für die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene aus. Dass der Freisinn den Bundeshaushalt ausschliesslich ausgabenseitig sanieren wollte, stellten die Delegierten mit einer adhoc-Resolution gegen eine eidgenössische Erbschaftssteuer klar – Bundesrat Villiger hatte eine solche im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit des Parlaments in Sachen Ausgabendisziplin am Vortag in Erwägung gezogen und damit einigen Unmut ausgelöst, da die Wahlplattform nur Steuersenkungen, keinesfalls aber neue Steuern vorsah. Ausserdem sprachen sich die Freisinnigen für eine baldige Regierungsreform aus, wollten sich jedoch nicht so konkret auf die Äste hinauswagen wie Fraktionschef Fulvio Pelli (TI), dessen Antrag die Erweiterung des Bundesrates von 7 auf 9 Mitglieder vorsah. Gutgeheissen wurde schliesslich eine Stärkung des Bundespräsidentenamtes durch die Verlängerung der Amtszeit von einem auf zwei Jahre.

Um ihren Wähleranteil bei den eidgenössischen Wahlen zu steigern, stellten die **FDP-Frauen** eine eigene Wahlplattform vor, in der sie Blockzeiten in den Schulen für die ganze Schweiz, die Einführung der Mutterschaftsversicherung, eine qualitativ hoch stehende medizinische Versorgung

zu einem vernünftigen Preis sowie Sicherheit im öffentlichen Raum und einen verbesserten Schutz vor häuslicher Gewalt (die Möglichkeit, analog dem St. Galler Modell den Täter oder die Täterin aus der gemeinsamen Wohnung wegzuweisen) forderten. Für die Nachfolge von Bundesrat Villiger stellten sie eine Frauenkandidatur in Aussicht.

Die **1.-August-Rede** von Parteipräsidentin Christiane Langenberger wirbelte etwas Wahlkampfstaub auf: Langenberger forderte zwar nicht direkt die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen, wies aber darauf hin, dass die Schweiz ihrem europäischen Schicksal nicht sehr lange entgehen könne und prangerte die wirtschaftlichen Folgen des Alleingangs, vor allem die Ablehnung des EWR, an.

In einem Positionspapier zur **Verkehrspolitik** wies die FDP darauf hin, dass es nur dank der Mobilität sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gebe. Die Verkehrsinfrastruktur zu Lande, zu Wasser und in der Luft müsse aus einer Gesamtschau heraus regelmässig erneuert und bei Bedarf ausgebaut werden, ohne jedoch die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden. Deshalb plädierten die Freisinnigen für eine Beseitigung von Engpässen auf den Nationalstrassen und in den Agglomerationen, wie sie der hängige Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative vorsieht. In diesem Sinne trete die FDP auch für eine zweite Strassentunnelröhre durch den Gotthard ein, sofern die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn nicht behindert werde. Die Neat trage sie weiterhin mit.

In ihrer Stellungnahme „Golden Age – Alt und Jung gemeinsam“ verlangte die FDP, dass ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben in materieller Sicherheit führen können. Dazu seien Änderungen im 3-Säulen-System sowie Massnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit, Pflege und Integration nötig. Wichtig sei insbesondere eine generationengerechte Ausrichtung der **Altersvorsorge**, d.h. keine weiteren Ausbauschritte bei der AHV, sondern eine Stärkung der dritten Säule (steuerbegünstigtes privates Sparen). Ausserdem sollten die im hohen Alter wichtigen Ergänzungsleistungen in die Verfassung aufgenommen werden. In Bezug auf die Höhe des Rentenalters wollten sich die Freisinnigen nicht festlegen.

Am **Wahlparteitag** in Basel charakterisierte Präsidentin Christiane Langenberger die FDP als Partei, welche Probleme nicht bekämpfen, sondern aufzeigen und lösen wolle. Die Bürger hätten die volle Wahrheit verdient, auch wenn diese unpopulär, ja schmerzhaft sei. Bundesrat Pascal Couchepin konstatierte in seiner Rede, die demographischen Probleme der Schweiz hätten nicht nur Folgen für die Renten, die Krankenversicherung, den Arbeitsmarkt und die Immigration, sondern auch für den Markt der Ideen. Eine alternde Gesellschaft habe mehr Mühe, etwas zu wagen, neige zum Stillstand. Bundesrat Kaspar Villiger doppelte nach: Er ortete die politischen Schwierigkeiten in einem übertriebenen Pessimismus, in der Bekämpfung statt der Lösung von Problemen, im staatlichen Machbarkeitswahn und im Verlust an langfristigem Denken. Die Freisinnigen entliessen Villiger mit einer stehenden Ovation. Während auf dem Podium die Sachthemen dominierten, prägten Mutmassungen über die Nachfolge Villigers die Pausengespräche.

Mitte September reichte **Bundesrat Kaspar Villiger** sein **Rücktrittsschreiben** ein – dass er nicht mehr für eine weitere Legislatur kandidieren würde, war seit einem Jahr bekannt. Als Favoriten für

seine Nachfolge galten die Berner Ständerätin Christine Beerli, der Urner Nationalrat Franz Steinegger und die Aargauer Nationalrätin Christine Egerszegi. Aussenseiterchancen eingeräumt wurden Ständerat Hans-Rudolf Merz (AR).

Anfang Oktober verabschiedeten die Freisinnigen in Frauenfeld (TG) ihren scheidenden Bundesrat. Mit 138:12 Stimmen lehnten sie das Referendum gegen das **Steuerpaket** ab. Die Jungfreisinnigen beantragten, den Nationalrat auf 150 Personen zu verkleinern, dies sei effizienter und spare Kosten; es wurde dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Bei den eidgenössischen Wahlen musste die FDP die grössten Verluste aller Parteien hinnehmen: Sie verlor insgesamt 11 Parlamentsmandate, davon 4 Ständeratssitze. In der Folge kam es – auch im Hinblick auf die Bundesratswahlen (die Nachfolge für Kaspar Villiger und die ultimative Forderung der SVP, ihr einen zweiten Sitz zuzugestehen, der mit Christoph Blocher zu besetzen sei) zu **Diskussionen über die Ausrichtung der Partei**: Als neugewählte FDP-Parlamentarier sich aktiv für das Referendum der SVP gegen die Mutterschaftsversicherung engagierten und sich damit von einer Vorlage, die unter der Ägide der FDP zustande gekommen war, distanzieren, verwarnten Fraktionsmehrheit und Parteispitze die Abtrünnigen, da extreme Abweichungen eine klare Positionierung der Partei beeinträchtigen. Im November stellten Rechtsbürgerliche den politischen Kurs der Parteileitung in Frage und verlangten eine Standortbestimmung, während Mitglieder der Parteileitung Überlegungen dahingehend anstellten, ob die FDP vorübergehend auf einen ihrer beiden Sitze in der Regierung verzichten oder gar den Gang in die Opposition erwägen solle. Schliesslich beschlossen die Freisinnigen, am Anspruch auf zwei Regierungssitze festzuhalten und nominierten Christine Beerli (BE) und Hans-Rudolf Merz (AR) als Kandidaten für die Nachfolge von Bundesrat Kaspar Villiger. Am 10. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung Hans-Rudolf Merz in die Regierung. Auch bei den kantonalen Parlamentswahlen war die FDP die Verliererin; sie büsste insgesamt 16 Sitze ein.

Um die Diskussion an der Basis über die **Zukunft der Partei** anzuregen, setzte die FDP Anfang Dezember drei Arbeitsgruppen ein: Die erste Arbeitsgruppe „avenir radical“ unter der Leitung des neu gewählten Zürcher Nationalrats und FDP-Vizepräsidenten Ruedi Noser sollte das Programm der FDP durchleuchten; die zweite Arbeitsgruppe „Wahlvorbereitung April04“ unter der Leitung der Appenzell Ausserrhoder Nationalrätin und FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner befasste sich mit Personalfragen, welche im Rahmen der turnusgemässen Wahlen für Präsidium und Geschäftsleitung an der FDP-Delegiertenversammlung vom April 2004 geregelt werden sollen; die dritte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Generalsekretär Guido Schommer hatte schliesslich den Auftrag, die Parteistrukturen zu überprüfen. Das Ziel sei eine flexiblere und effizientere Arbeitsweise. Das gesamte Projekt wird den Delegierten im Januar 2004 vorgestellt.

Ende Dezember schlug Vizepräsident Ruedi Noser die Konzentration auf einige wenige konkrete radikale Projekte vor, die in einer Art Ideenwettbewerb mit der Parteibasis definiert werden sollen. Um **freisinnige Wirtschaftspolitik** zu machen, dürfe die FDP nicht nur auf die Wirtschaftsverbände hören, denn freisinnig politisieren heisse unabhängig politisieren. Konkret verlangte Noser unter anderem die Abgrenzung von rechtsbürgerlichen Kräften, unentgeltliche Tageschulen, um auch Frauen mit Familie eine berufliche Karriere zu ermöglichen, Parallelimporte, sowie Roadpricing anstelle von Benzinzöllen und Fahrzeugsteuern. Seine

Vorschläge lösten parteiintern etlichen Widerspruch aus.

2004

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Bern von Anfang Januar stellte Vizepräsident Ruedi Noser (ZH) das Projekt „Avenir radical“ vor, mit dessen Hilfe die Partei sich profilieren möchte. Die **Diskussion um die Parteileitung**, die in den Tagen vor dem Anlass die Medien dominiert hatte, war offiziell kein Thema. Exponenten des rechten Parteiflügels um den St. Galler Nationalrat Peter Weigelt hatten eine Debatte über liberale Grundpositionen und neue Köpfe an der Spitze der Partei gefordert. Mit 199:9 Stimmen beschloss die Delegierten diskussionslos die Ja-Parole zum neuen Mietrecht und sprachen sich nach kurzer Debatte mit 211:15 Stimmen auch für den Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative aus. Die Verwahrunginitiative lehnten sie ab.

Anfang März gab **Christiane Langenberger** (VD) bekannt, sie stehe für die im April anstehende Wiederwahl **als Parteipräsidentin nicht mehr zur Verfügung**; sie sei zum Schluss gekommen, dass die Partei einen Neustart auch in personeller Hinsicht brauche. Als aussichtsreichste Kandidaten wurden in der Presse Ständerat Rolf Schweiger (ZG), Nationalrat Georges Theiler (LU) und Fraktionspräsident Fulvio Pelli (TI) gehandelt.

Am 16. April wählten die Freisinnigen in Chur den **Zuger Ständerat Rolf Schweiger zum neuen Parteipräsidenten**. Schweiger erzielte 195 Stimmen, Georges Theiler (LU) deren 25. Diskussionslos empfahlen die Delegierten die 11. AHV-Revision mit 184:3 Stimmen zur Annahme. Zum AHV-Finanzierungsbeschluss gaben sie nach engagierter Debatte mit 166:64 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Nein-Parole heraus; damit musste Bundesrat Couchepin eine Niederlage einstecken, die sich bereits im Januar abgezeichnet hatte, als die FDP-Fraktion ihr einstiges Ja zur MWSt-Erhöhung rückgängig machte. Zum Steuerpaket hatten die Freisinnigen bereits letzten Herbst die Ja-Parole beschlossen. Mit 229:25 Stimmen bei 2 Enthaltungen empfahlen sie ausserdem die Annahme des Mutterschaftsurlaubs, über den das Volk im September entschied.

Mitte Mai präsentierte die FDP-Spitze im Rahmen von „**Avenir radical**“ 28 aus den insgesamt über 400 eingereichten Projektvorschlägen. Auf breite Zustimmung stiessen die Reform des Bildungs- und Sozialwesens, die Einführung von kostenlosen Tagesschulen und die Lebensarbeitszeit; Vorschläge wie die Abschaffung der Dienstpflicht, das Stimmrechtsalter 16, das Road-Pricing oder die Verkleinerung des Nationalrats auf 150 Mitglieder stiessen auf wenig Gegenliebe.

An der Delegiertenversammlung in Zofingen (AG) machte Parteipräsident Schweiger – nicht zuletzt im Hinblick auf die Sololäufe von Neu-Nationalrat Filippo Leutenegger (ZH) – klar, dass er von seiner Partei künftig einen einheitlichen Auftritt erwarte. Vor einem Sachentscheid seien Meinungsvielfalt und Debatten erwünscht, nach der Ausmarchung aber dürfe es kein Abweichertum mehr geben. Mit 257:10 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss die Freisinnigen die Ja-Parole zur NFA, die im November zur Abstimmung kam, und mit 263:25 Stimmen bei einer Enthaltung resp. 250:45 Stimmen die Annahme der Einbürgerungsvorlagen. Die Konferenz der Kantonalpräsidenten hatte die Nein-Parole zur Post-Initiative herausgegeben. Hauptgeschäft der

Delegiertenversammlung bildete aber der **Ausbau der Führungsstrukturen der Partei**. Neu ins Vizepräsidium gewählt wurde der Kantonalpräsident der Walliser FDP, Léonard Bender. Er teilt sich das Amt mit der Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni, die Gabriele Gendotti ablöste. Bestätigt wurden zudem der Zürcher Nationalrat Ruedi Noser und seine Ausserrhoder Kollegin Marianne Kleiner, die neu als Stellvertreterin Schweigers amtiert. Ausserdem nahmen Daniel Helfenfinger (SO) als Vertreter der Jungpartei sowie Marianne Dürst (GL) für die FDP-Frauen im siebenköpfigen Spitzengremium Einsitz. Die FDP-Frauen wählten mit der früheren FDP-Sprecherin Barbara Perriard erstmals eine eigene Generalsekretärin. Schliesslich bestellten die Freisinnigen einen für die politische Aussenwirkung der Partei zuständigen Koordinationsausschuss, der die Bundeshausfraktion stärker in die Führungsarbeit einbindet, sowie die mit 15 neuen Mitgliedern aufgestockte Geschäftsleitung.

Mitte September billigte die FDP an einer „**freisinnigen Landsgemeinde**“ in Stans (NW) jene sechs Schwerpunkte von „Avenir radical“, welche die Parteibasis im Sommer in der Vernehmlassung ausgewählt hatte. Gemäss Parteipräsident Schweiger stehen sie einerseits für eine „zeitgemässe Gesellschaftspolitik“ (Sozialleistungen sollen nicht länger Negativanreize zum Arbeiten setzen, Einführung der Individualbesteuerung und bundesweite Harmonisierung des Schulsystems), andererseits für eine „chancengerechte Wachstumspolitik“ (Abbau von Subventionen, mehr Wettbewerb durch Öffnung der Märkte sowie eine generelle Vereinfachung des Steuersystems). Ein Antrag für ein Anreizsystem für ökologisches Wachstum wurde abgelehnt.

Ende September gründeten **Wirtschaftsvertreter** (darunter Peter Wuffli, UBS, Rolf Dörig, Swiss Life, Peter Athanas, Ernst & Young, Thomas Knecht, McKinsey, Walter Kielholz, CS, André Kudelski und Daniel Vasella, Novartis) den Verein „Freunde der FDP“ mit dem Ziel, die Freisinnigen ideell und materiell zu unterstützen. Kurze Zeit später beschloss eine Arbeitsgruppe um Hans Furer, Geschäftsführer des Verbandes Angestellte der chemischen und pharmazeutischen Industrie Schweiz und Mitglied des Vorstandes von Travailsuisse, eine Plattform für Interessen von **freisinnigen Angestellten** zu errichten.

Um entsprechende Bestrebungen in den Kantonen zu beschleunigen, verabschiedete die FDP-Delegiertenversammlung in Martigny (VS) eine Resolution für eine **harmonisierte und verbesserte Volksschule**. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Berner Nationalrätin Christa Markwalder soll einen Text für eine Volksinitiative ausarbeiten, welche landesweit einheitliche Vorgaben für die Volksschule vorsieht (gleiches Alter für den Schuleintritt und den Übertritt in weiterführende Stufen, Vereinheitlichung beim Schulstoff, insbesondere beim Fremdsprachenunterricht). Einstimmig gaben die Delegierten die Ja-Parole zum Stammzellenforschungsgesetz heraus; die Konferenz der Kantonalpräsidenten sprach sich für die neue Finanzordnung aus.

Anfang November teilte **Rolf Schweiger** der FDP seinen **sofortigen Rücktritt** als Parteipräsident mit. Er begründete diesen Schritt mit einem Burn-out-Syndrom, das in den letzten Wochen an Intensität zugenommen habe. Vizepräsidentin Marianne Kleiner (AR) übernahm interimistisch die Parteileitung. Eine vom Glarner Ständerat Fritz Schiesser präsierte Findungskommission erhielt den Auftrag, für das Parteipräsidium geeignete Kandidaten zu kontaktieren, aber auch strukturelle

Fragen wie jene einer weiteren Professionalisierung des Präsidiums und der dazu erforderlichen finanziellen Ausstattung zu erörtern. Dass sich diese Fragen nicht trennen liessen, war insbesondere bei dem von der Presse als potentiell Nachfolger gehandelten Felix Gutzwiller (ZH) offensichtlich, der das Amt nicht übernehmen könnte, ohne sich von einem Teil seiner zahlreichen anderen Funktionen in Wissenschaft und Wirtschaft zu trennen. Als weitere Anwärter galten Didier Burkhalter (NE), Ruedi Noser (ZH), Marianne Kleiner (AR), Fulvio Pelli (TI) und Georges Theiler (LU). Ende Dezember unterbreitete die Findungskommission der Geschäftsleitung einen Doppelvorschlag mit den Nationalräten Fulvio Pelli (TI) und Georges Theiler (LU). Die Wahl des neuen Präsidenten ist für April 2005 vorgesehen.

Mitte November lancierte ein freisinniges Komitee eine eidgenössische **Volksinitiative** „**Verbandsbeschwerderecht – Mehr Wachstum für die Schweiz**“ mit dem Ziel, Beschwerden von Umweltverbänden auszuschliessen, wenn ein Bauprojekt in einer Volksabstimmung oder von einem kommunalen, kantonalen oder nationalen Parlament gutgeheissen wurde. Zum 27-köpfigen Initiativkomitee gehörten neben Zürcher Freisinnigen prominente FDP-Mitglieder anderer Kantone, namentlich Marianne Kleiner (AR), Georges Theiler (LU), Charles Favre (VD), Duri Bezzola (GR), Françoise Saudan (GE) und Léonard Bender (VS). Die Kantonssektionen BS, FR, GE, GR, NW, SG, TG, TI, UR, VD, VS und ZG schlossen sich dem Begehren an.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die Freisinnigen insgesamt 23 Sitze abtreten: acht in St. Gallen, sechs in Uri, vier im Thurgau, je zwei in Schaffhausen und in Schwyz sowie einen in Basel-Stadt.

2005

An ihrer Delegiertenversammlung in Solothurn sprachen sich die Freisinnigen Anfang Jahr mit 253:1 Stimmen bei einer Enthaltung für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten aus. In der kontradiktorischen Debatte zum Schengen-Abkommen gelang es dem Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr zwar, das Gespräch auf das von Auns und SVP seit Monaten wiederholte Argument eines Verlusts der Sicherheit zu fixieren, doch die Delegierten beschlossen mit 219:4 Stimmen die Ja-Parole. Mit einer langandauernden, stehenden Ovation **verabschiedeten** die Freisinnigen anschliessend ihren wegen eines Burnout-Syndroms im November 2004 **zurückgetretenen Parteipräsidenten Rolf Schweiger** (ZG). Schweiger dankte für das ihm entgegengebrachte Verständnis; es sei ihm ein grosses Anliegen zu zeigen, dass psychische Krankheiten nicht zu Stigmatisierungen führen müssen.

Anfang März wählten die FDP-Delegierten an einem Sonderparteitag in Bern mit 228:150 Stimmen den Tessiner **Fulvio Pelli** zu ihrem neuen **Parteipräsidenten**. In seiner Grundsatzrede beschränkte sich Pelli auf allgemeine Bekenntnisse zum Liberalismus und Freisinn, vermittelte aber den Eindruck, Visionen entwickeln zu können und sich besser für die pragmatische Arbeit zu eignen als sein Mitbewerber Georges Theiler (LU), der im Vorjahr Rolf Schweiger unterlegen und von der Presse lange als geheimer Favorit gehandelt worden war. Die der Wahl vorangegangene dreistündige, emotionale Diskussion hatte die Gräben erahnen lassen, die durch die Partei gehen. Zürcher, Ost- und Zentralschweizer Freisinnige hatten sich für Theiler stark gemacht, während Tessiner, Romands, Berner, Solothurner und Basler für Pelli votiert hatten. In seiner Antrittsrede

erklärte Pelli, die FDP dürfe nicht wie die SVP auf populistische Lösungen setzen, und – mit Blick auf die häufig von der Parteilinie abweichenden Äusserungen Filippo Leuteneggers (ZH): wenn die Partei ihre Position einmal festgelegt habe, dürfe sie sich keine „Philippika“ erlauben. – Zwei Wochen zuvor hatte die Geschäftsleitung der FDP alle Mitglieder zu Loyalität gegenüber der Partei aufgerufen, dies, nachdem bekannt geworden war, das Geschäftsleitungsmitglied Leutenegger sich mit Exponenten der SVP, der Auns und der Schweizer Demokraten zu einer Anti-Schengen-Strategiesitzung getroffen hatte.

Per Akklamation ernannte die FDP-Fraktion den Zürcher Nationalrat **Felix Gutzwiller** zum Nachfolger von Fulvio Pelli als **Fraktionschef** und wählte den seit 2003 amtierenden Nationalrat Didier Burkhalter (NE) zum neuen Vizepräsidenten. Zweite Vizepräsidentin und Leiterin der ständerätlichen Gruppe blieb die St. Gallerin Erika Forster.

Nach ihrem Nein zur Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (Kosa-Initiative) und ihrer Zustimmung zu den Sonntagsverkäufen in Bahnhöfen empfahlen die Delegierten der FDP an ihrem Parteitag in Mendrisio (TI) das neue Partnerschaftsgesetz mit 142:8 Stimmen bei sieben Enthaltungen zur Annahme. Mit 160:2 Stimmen billigten sie die **Union der Freisinnigen und Liberalen**. Die vertiefte Zusammenarbeit mit der LP werde die Probleme des Freisinns aber gemäss FDP-Parteipräsident Pelli nicht lösen. Um den Wählerschwund zu stoppen, brauche es ein klares und mutiges, eigenständiges Profil: Einerseits soll die Delegiertenversammlung aufgewertet werden, indem sie künftig wichtige Positionen, die zuvor allein von den Leitungsgremien vorgegeben wurden, diskutiert und verabschiedet; so erteilte die Basis der Parteileitung grünes Licht, sich dafür einzusetzen, dass mit dem Nationalbankgold Schulden der IV abgebaut werden. Andererseits sollen die Kantonalparteien ihre Positionen besser mit der FDP Schweiz absprechen, vor allem, wenn es um kantonale Fragen von nationaler Bedeutung geht. Um die entsprechenden Kontakte zu intensivieren, nimmt sich jedes Geschäftsleitungsmitglied einer Region an: Marianne Kleiner (AR) der Ostschweiz, Ruedi Noser (ZH) der Nordwestschweiz und Berns, der Walliser Kantonalpräsident Léonard Bender der Westschweiz, die Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni ihres Heimatkantons und Parteipräsident Fulvio Pelli des Kantons Zürich. Der Luzerner Nationalrat Georges Theiler, einziges Nicht-Mitglied des Präsidiums, stellt die Verbindung zur Innerschweiz sicher.

Trotz interner Kritik gab die FDP Schweiz dem Druck der Zürcher Freisinnigen nach und unterstützte deren eidgenössische **Volksinitiative zur Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts**. Mit einer Absage wäre sie nicht nur den Zürchern und den anderen Kantonalsektionen, die das Begehren mittragen, in den Rücken gefallen, sondern hätte auch das Bild einer in sich nicht geschlossenen Partei vermittelt.

An der Delegiertenversammlung in Zürich sprach sich Bundesrat Merz in seinem finanz- und fiskalpolitischen Tour d'Horizon für ein radikal vereinfachtes Mehrwertsteuersystem und erstmals für die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene aus. Noch bevor die vom Bundesrat im Juni verabschiedete **Unternehmenssteuerreform II** in die parlamentarischen Kommissionen gelangte, billigten die Freisinnigen die Vorlage mit 190:3 Stimmen, unterstützten aber mit grossem Mehr einem Vorschlag von Nationalrat Favre (VD), die Dividenden von Aktionären künftig nur noch zum Satz von 50% zu besteuern und nicht wie vom Bundesrat vorgesehen zu 80%. Dafür

wollten die Freisinnigen den Kreis der Begünstigten einschränken und Steuerentlastungen nur Aktionären gewähren, die mindestens 10% Anteil an einem Unternehmen halten – der Bundesrat hatte auf eine Fixierung der Mindestbeteiligung verzichtet. Mit 198:3 Stimmen bei zwei Enthaltungen verwarfen die Delegierten anschliessend fast diskussionslos die Volksinitiative für ein fünfjähriges Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft.

Mit 127:0 Stimmen verabschiedeten die Freisinnigen an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Yverdon (VD) das neue **Strategiepapier „Eine Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz“**. Mit dem neuen Leitbild versucht die FDP, die vom Rechtsfreisinn kritisierte Ausrichtung auf urbane Wählerschichten zu konkretisieren. Sie beabsichtigt, ihr Image als reine Wirtschaftspartei abzulegen und sich im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2007 als fortschrittliche und dynamische Partei zu positionieren. Das Papier, das den Grundforderungen des FDP-Basisprojekts „Avenir radical“ Rechnung trägt, enthält vier Schwerpunkte: die „intelligente Schweiz“ (harmonisierte Bildungssysteme mit wirtschafts- und familienfreundlichen Strukturen, Integration junger Ausländer, Forschung in zukunftsträchtigen Bereichen nach dem Motto „Regeln statt Verbote und Moratorien“); die „wachsende Schweiz“ (effizienter Binnenmarkt, gesunder Finanzhaushalt in Bund und Kantonen, vereinfachte administrative Verfahren, Verhältnismässigkeit bei Rekursrechten, periodische Überprüfung staatlicher Aufgaben, Individualbesteuerung und vereinfachtes Mehrwertsteuersystem); die „soziale, gerechte und moderne Schweiz“ (AHV-Alter 65, Stabilisierung der Sozialwerke ohne weitere Mehrbelastungen der aktiven Generation) und die „offene Schweiz“ (verbesserte Betreuungsstrukturen zur Vereinbarung von Beruf und Karriere, Weiterführung des bilateralen Weges unter fortlaufender Analyse der Entwicklungen innerhalb der EU, verstärktes internationales sicherheitspolitisches Engagement, Ausrichtung der Armee auf aktuelle und zukünftige Bedrohungen).

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die Freisinnigen insgesamt 54 Sitze abgeben: In den verkleinerten Legislativen von Solothurn und Aargau verloren sie dreiundzwanzig resp. sechzehn Sitze, in Neuenburg zehn und im Wallis fünf; einzig in Genf konnten sie ihre Mandate verteidigen. Nach den Regierungsratswahlen in **Genf** ist die FDP mit François Longchamp nach vier Jahren **wieder in der Exekutive** vertreten.